

# Correspondent.

**Bezugspreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.**  
bei Abkantung von unsern Ausgabenstellen; bei Zustellung ins Haus durch unsere Kurierträger in der Stadt und auf dem Lande außerdem Postporto; durch die Post 1,20 Mk. außer 42 Pf. Postgebühr. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 Mal mit den Sonntagen ausgenommen.  
— Während unserer Ertragsleistungen ist nur mit deutscher Quellenangabe gehalten.  
— Für Rückgabe unerreichte Entsendungen übernehmen wir keine Verbindlichkeit.

**Wöchentliche Gratisbeilagen:**  
8seitig, illustr. Unterhaltungsblatt  
m. neuest. Romanen und Novellen.  
4seit. landwirtsch. u. Handelsbeil.  
mit neuesten Marktnotierungen.

**Anzeigenpreis** für die einsp. Zeile oder deren Raum für Merseburg und nähere Umgebung 10 Hfr. für die nächsten 25 Hfr., auswärts bis 20 Hfr. im Restanteil 40 Hfr. Bei vollständiger Satz entsprechender Anzeigengebühren für Einzelbeilagen nach Vereinbarung. Für Nachmittags- und Eilanzeigen besondere Berechnung, nach Anweisung mit Berücksichtigung der längeren Wartezeit. — Anzeigenpreis für größere Geschäfts-Anzeigen nur am Tage vorher, frühere Anzeigen bis höchstens 9 Uhr, Anzeigenpreise bis 10 Uhr vormittags. —

Nr. 117.

Freitag, den 19. Mai 1911.

37. Jahrg.

## Wahlrechtsbetrachtungen.

In allen deutschen und außerdeutschen Staaten beschäftigen sich die Regierungen und Parteien mit Wahlrechtsfragen. Da nun auch im preussischen Abgeordnetenhaus demnächst die Verhandlungen über die Abänderung des „bewährten“ Wahlrechts wieder aufgenommen werden, so dürfte es wohl von Interesse sein, auf ein Büchlein von Karl Baumgarten hinzuweisen, das den Titel führt: Ein ideales deutsches Wahlrecht. Zum 40jährigen Jubiläum des Reichstages. (Deutsches Verlags-Institut, G. m. b. H., Berlin S. 14.) Zwar wollen wir hier gleich vorausschicken, daß wir treu zum Reichstagsrecht stehen und an dem uns liebgeordneten Rechte nicht gerüttelt wissen wollen. Gemäß hat das Reichstagswahlrecht seine Schattenseiten, es ist, wie vor einiger Zeit im Jungliberalen Verein zu Halle der sächsische Landtagsabgeordnete Dr. Jöpke ausführte, schon lange zu einem Art Ruralwahlrecht geworden, das die Wählerschaft mit vorwiegend landwirtschaftlicher Bevölkerung außerordentlich begünstigt, dagegen den Großstädten Berlin, Charlottenburg, Hamburg, Leipzig, München und den Industriestädten im rheinisch-westfälischen Industriebezirk nicht die ihnen zukommende Zahl von Reichstagsmandaten gewährt. Es ist auch das Verdienst der nationalliberalen und freisinnigen Parteien, daß sie erst vor kurzem wieder für die bessere Sicherung der Stimmabgabe und für neue Wahlurnen eingetreten sind. Es ist ja ein offenes Geheimnis, wie in die- und Westpreußen und in katholischen Gegenden die richtige Ausübung des Wahlrechtes illusorisch gemacht wird. Wir brauchen nur zu erinnern an die ständischen Vorgänge bei der Reichstagswahl im Wahlkreis Mühlhausen-Langenau-Weissenfeld, die leider nicht zu einer Käuferei der Wahl geführt haben. Wir wollen auch nicht verschweigen, daß das Reichstagswahlrecht nicht immer nach reiflicher Überlegung ausgeübt wird. Schon vor Jahrzehnten hat der bekannte Professor Dr. Rein in Jena in einem kleinen Büchlein, in der von Naumann herausgegebenen Arbeiterbibliothek ausgeführt, daß das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, wie wir es in den Wahlen zum Deutschen Reichstag besitzen, notgedrungen auch eine bessere Schulbildung für die unteren Schichten des Volkes bedinge. Deshalb fordern wir auch mit Nachdruck die Einführung der Bürgerkunde an sämtlichen Schulen, von der Volksschule und Fortbildungsschule bis hinauf zum Gymnasium und bis zu den Universitäten. Wir erlauben uns auch an dieser Stelle auf einen diesbezüglichen Artikel hinzuweisen, der kürzlich in der Saalezeitung unter dem Titel: „Die Leihhalle“ (von Politicus) veröffentlicht wurde und an die Ausführungen Dr. Pfahls in derselben Zeitung.

Nach diesen Erklärungen kommen wir zu den Vorschlägen von Baumgarten wieder zurück! Er befürwortet in seiner kleinen Broschüre die Einführung des Alterswahlrechtes und verlangt von jedem guten Wahlrecht, daß „die Überstellung der gereiften Wähler gegenüber den weniger gereiften gesichert ist“, mit anderen Worten, ein auf Abwärts nach dem Alter beruhendes Wahlsystem. Das allgemeine gleiche Wahlrecht verfällt nach ihm in das Extrem, indem es die Macht in die Hände der kaum politisch würdig gewordenen Massen verlege. Nur ein nach dem Alter des Wählers abgestuftes Wahlrecht läßt den gereiften Bürger zu seinem wohlverdienenen Rechte kommen. Je 4 Wahlkreise will er zu je einem Wahlkörper vereinigen, um je einen Abgeordneten zu wählen. Er teilt deshalb die Wählerschaft dieser 4 Wahlkreise in 4 Klassen, deren Wähler aus der ersten Klasse das Alter von 25—35 Jahren haben, in der 2. Klasse dürfen die von 36—45 Jahren wählen, in der 3. die 46—55 Jahre alt sind und in der letzten, die das 56. Lebensjahr überschritten haben. Auf diese Weise glaubt er die Wahl von Sozialdemokraten in die Parlamente verhindern zu können und stützt sich dabei auf Wahlergebnisse von 12 sächsischen Wahlkreisen, in denen von 25—30 Jahre alten Wählern über 54 Proz. sozialdemokratisch wählten, während die 30—40 Jahre alten Wähler nur zu 29 Proz. nichtbürgerlichen Kandidaten ihre Stimmen gaben. Die Sozialdemokratie hat ihre meisten Anhänger unter den politisch noch ganz unreifen

Elementen, die wenig oder gar kein Interesse an einer ruhigen Fortführung der Politik haben. Durch ein in dieser Weise aufgebautes Wahlrecht hofft der Verfasser der Schrift den Einfluß dieser Wählermassen auf die Zusammenkunft der Parlamente zu „erdröffeln“. Nur in einem durch ein solches Wahlrecht gewählten Parlamente könne die Regierung eine feste Stütze finden, nur so sei ein gedeihliches Zusammenarbeiten der Volksvertretung mit der Regierung denkbar. Dieses Wahlrecht beraube die jüngeren Wähler nicht jeden Einflusses, es gebe aber auch den älteren, in festen Lebensstellungen sich befindlichen Bürgern die ihnen zukommende Machtstellung. — Wir empfehlen unseren Lesern die kleine Broschüre Baumgarten zur eifrigen Lektüre, nicht deswegen, weil wir uns mit dem Gedanken des Verfassers identifizieren, wie wir schon im Eingang unseres Artikels ausgeführt haben, sondern weil seine Vorschläge bei den nächsten Wahlrechtsdebatten im preussischen Landtage wohl eine gewisse Rolle spielen werden und schon deswegen beachtenswert sind.

## Die Behandlung der Lehrer in Hinterpommern

erfuhr eine grelle Beleuchtung durch eine Gerichtsverhandlung vor dem Lauenburger Schöffengericht. Dort erhielt der Kreisschulinspektor Schreyer-Lauenburg wegen Beleidigung des Lehrers Leddin-Lauenburg eine Geldstrafe von 3 Mk. oder 1 Tag Gefängnis, nachdem durch eiliche Zeugenaussagen nach dem Bericht der „Preuß. Lehrzeitg.“ folgender Sachverhalt festgestellt worden war:

„Am 11. August 1910 erschien in den „Lauenburger N. Nachrichten“ ein „Eingekandt“ unter dem Titel „Arbeitsleistung und Arbeitsleitung“, in dem die Lauenburger Schulverhältnisse einer derben, aber berechtigten Kritik unterworfen wurden. Der Verdacht des Kreisschulinspektors lenkte sich auf zwei Lehrer der Stadt, unter denen sich der Lehrer Leddin befand. Bei beiden fragte der Kreisschulinspektor an, welchen Anteil sie an dem Eingekandt hätten. Beide stellten jede Beziehung dazu nachdrücklich in Abrede. Am 20. August berief der Kreisschulinspektor nun eine amtliche Lehrerkonferenz ein. Hier sprach er: „Es ist ein Mangel an Anstand und Ehrgefühl, daß Sie den Schreiber nicht nennen. Zwei Herren, auf die ich gegründeten Verdacht habe, habe ich vernommen. Der eine hat es in meiner Wohnung abgelehnt, der andere hat meine Anfrage in unverständlicher Weise beantwortet. Es ist eine Frechheit; aber ich werde ihn amtlich treiben, bis er bereit, bis er Abbitte leistet, und wenn es das Amt kostet.“ Nun wurden die Lehrpersonen aufgefordert, folgende Erklärung zu unterschreiben: Die unterzeichneten Lehrer und Lehrerinnen der Stadtschule zu Lauenburg versichern auf ihren Dienst, mit dem Eingekandt in Nummer 147 der „Lauenburger N. Nachr.“ nichts zu tun zu haben, und verurteilen daselbe nach Form und Inhalt auf das schärfste.“ Lehrer Leddin erkannte den Inhalt des Eingekandt als richtig an, verurteilte aber die Form und bedauerte, daß die Sache in die Zeitung gekommen sei. Der Kreisschulinspektor forderte noch einmal energisch, die obige Erklärung zu unterschreiben. Leddin verweigerte aber die Unterschrift. Zur Begründung hierfür begann Leddin: „Ich bin bereit, den ersten Teil zu unterschreiben und verurteile auch die Form. Als denkender Mensch...“ Da unterbrach ihn der Kreisschulinspektor: „Und ich sage Ihnen, ein unverschämter Mensch sind Sie, und nun gehen Sie hin und verklagen Sie mich!“

Diesem Tat befolgte Lehrer Leddin. Erst auf eine Beschwerde beim Landgericht Sloh wurde das Klageverfahren eingeleitet. Der erste Termin wurde aber vertagt, weil man zunächst den Ruf des Lehrers aus den Personalakten feststellen wollte. Im neuen Termin befandete ein Zeuge noch, daß der Kreisschulinspektor gesagt habe: „Ich werde die Sache verfolgen, wenn auch ein unschuldiger in Gefängnis fliegt.“ Das Gericht erkannte trotzdem nur auf die obige Strafe. Als strafmildernd wurde in Betracht gezogen, daß der Beschuldigte in Erregung gehandelt habe, daß ihm als Vor-

gesetzter das Recht der Rüge zustehe, und daß ihm der § 193 zur Seite stehe.

## Die Nichtwahl des Sozialdemokraten Dr. Lindemann

zum Oberbürgermeister von Stuttgart wirkt nachträglich noch erhebliche Wellen in der öffentlichen Meinung. Der Sozialdemokratie kann ungewißhaft bis zu einem gewissen Grade dazu gratuliert werden, daß es Herrn Lindemann nicht gelungen ist, als Stadtschiff in das Stuttgarter Rathaus einzuziehen. Denn diese Wahl hätte zu recht unerquicklichen Auseinandersetzungen in der Partei führen müssen. Allerdings hätte die Frage, wie sich Lindemann als Nepräbentant der württembergischen Reichsstadt hätte benehmen sollen, kaum akut werden können, denn, wie jetzt ganz sicher feststeht, wäre seine Wahl keineswegs bestätigt worden. Auf der anderen Seite hat man sich lebhaft damit beschäftigt, welche Konsequenzen das Auftreten des volksparteilichen Führers Lieching für den Regierungsrat Lautenschlager haben werde. Die Angelegenheit erscheint uns außerordentlich aufgebauscht zu sein. Die württembergische Volkspartei braucht in der betreffenden Frage von anderer Seite keinen Rat, und es bedarf keinerlei Grund zu der Annahme, daß die Volkspartei die Meinungsverfälschung, die sich hier zwischen ihr und einem ihrer Führer herausgestellt hat, nicht in geeigneter und würdiger Form behandeln und die Angelegenheit entsprechend erledigen wird.

Der „Vorwärts“ hat inzwischen gegenüber dem Genossen Lindemann die Sprache wieder gefunden und macht jetzt, nachdem nichts mehr zu verlieren ist, gegen ihn in recht unfreundlicher Weise mobil. Er wirkt ihm völlig falsche Beurteilung der politischen Situation vor und beschränkt sich über die angebliche polemische Schärfe, die Lindemann gegenüber dem „Vorwärts“ angewandt haben soll. Man darf annehmen, daß sich noch recht langatmige Leichenreden feineswegs erquicklichen Inhalts aus alledem ergeben werden. Interessant ist aber schon jetzt, daß der „Vorwärts“ widerwillig die Festigkeit im bürgerlichen Lager zugeben muß. Er klagt, daß der Zuzug von dort vollständig ausgeblieben sei, und er leistet sich das Bekenntnis, daß bei der Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl nur eins imponiert habe, die wichtige Manifestation des bürgerlichen Klasseninstinkts. Die Wahlbeteiligung der bürgerlichen Wähler sei weit stärker denn jemals gewesen, Halbrote hätten sich in das Wahllotal tragen lassen, die Bürgerlichen hätten nur eine Pflicht gefannt, gegen die Sozialdemokratie zu stimmen. Hier wird widerstrebend zugegeben, was die Sozialdemokratie sonst gern zu bestreiten pflegt: die Aufopferungsfähigkeit der bürgerlichen Schichten, das lebhafte politische Interesse derselben, und es wird weiterhin indirekt konstatiert, daß die Sozialdemokratie ohne die bürgerlichen Mitläufer auch heute noch die Minderheit bildet und den Sieg vielfach nicht an ihre Fahnen heften kann. Die Auslassungen des „Vorwärts“ zu diesem Punkt geben denen Recht, die die Meinung sind, daß bei regem Interesse auf der bürgerlichen, namentlich der liberalen Seite die sozialdemokratischen Bäume auch nicht in den Himmel wachsen werden.

## Geduldige Beurteilung des Petroleumtrusts.

Aus Washington wird gemeldet: In den Verfassungen, das von den Bundesbehörden gegen die Standard Oil Company auf Grund der Shermanischen Antitrustbill angestrengt wurde und das die Auflösung der Gesellschaft bezweckt hat, hat der Oberste Gerichtshof heute das Urteil bekanntgegeben. Es lautet zu ungunsten der Gesellschaft. Die Verlesung der lang erwarteten Entscheidung begann nachmittags um 4 Uhr. Der Text umfaßt 25 000 Worte.

Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes befähigt die erstinstanzliche Entscheidung, daß die Standard Oil Company eine Verhinderung und ein Monopol zur Behinderung des zwischenstaatlichen Handels sei. Jedoch wird die erste Entscheidung dahin modifiziert, daß eine absolute Einstellung des zwischenstaatlichen Handels mit Petroleum und seinen



Produkten von Seiten der an dem Trust beteiligten Gesellschaften nicht notwendig ist. Die Frist zur Auflösung des Trusts wird von einem Monat auf ein halbes Jahr verlängert. Die Entscheidung erfolgte mit allen gegen eine Stimme.

Das Oberlandesgericht fällt das Urteil gegen die Standard Oil Company am späten Nachmittag nach Schluß der New Yorker Börse, um eine große Geschäftsförderung zu vermeiden. In dem Urteil heißt es, daß keine legalen Rechte angefaßt werden, wenn das Geschäft wieder in gelegentliche Bahnen entsprechend dem Shermanischen Antitrustgesetz gebracht werde. Dieses Gesetz, das Kontrakte zum Zwecke der Handelsbeschränkung durch Trusts in allen Fällen verbietet, sei auch auf die Standard Oil Company anzuwenden, welche die Konkurrenten zermalme und den gesamten Ölhandel monopolisiere. Aus diesem Grunde sei die Standard Oil Company auszulösen, bis sie unter Erfüllung der gesetzlichen Bestimmungen rekonstruiert sei. Derüberbeschränkte Herrscher stimmt mit dem Urteil überein, er verlangt nur eine genauere Fassung des Shermangesetzes. Da die erhoffte Milderung des Shermangesetzes abgelehnt wurde, sind, wie „Wolffs Bureau“ meldet, die monopolistischen Interessenfreie enttäuscht. Eine Milderung dieses Gesetzes ist bei der gegenwärtigen Stimmung des Kongresses gegen Monopolisierung zweifelhaft. Die Entscheidung macht trotzdem nicht großes Aufsehen und wird das geschäftliche Leben nicht beträchtlich stören, da sie seit langer Zeit erwartet wurde.

### Ueber die deutsch-russischen Beziehungen

schreibt die offiziöse „Moskwa“ in einem Leitartikel anlässlich des Besuchs des Kronprinzen und der Kronprinzessin unter anderem: Dieses Ereignis ist von hervorragender politischer Bedeutung und dient als neue feierliche Bekräftigung der Unwandelbarkeit der freundschaftlichen Beziehungen, welche schon seit mehr als einem Jahrhundert zwischen Rußland und Deutschland zum Wohle beider Staaten und Völker bestehen. Die nahen Verwandtschaftsbande, die seit langen Jahren zwischen beiden Herrscherhäusern bestehen, fördern in bedeutendem Grade in den wechselseitigen Beziehungen der beiden benachbarten Großmächte solche Bedingungen, die für die Erhaltung des europäischen Friedens günstig sind. Die großen ruhmvollen politischen Traditionen, welche die Herrscher Rußlands und Deutschlands von ihren erlauchten Vorfahren übernommen haben, sind eine geeignete Bürgschaft dafür, daß die aus vergangenen Zeiten ererbten Prinzipien auch fernerhin die Grundlage des Zusammenlebens beider Reiche bilden werden. Ein besonderer Zug der russisch-deutschen Beziehungen besteht eben darin, daß die unveränderliche Nähe der beiden großen Reiche bei vollkommen gutnachbarlichen Beziehungen beider zueinander gleichzeitig der parallelen Verwirklichung einer engen Einigung mit anderen Mächten nicht hinderlich ist. Das erklärt sich am besten dadurch, daß Rußland sowie Deutschland ihre traditionellen Freundschaft treu wahren und diese ausschließlich zur Erhaltung des allgemeinen Friedens und der Ruhe benutzen. Die Aufrichtigkeit der Beweggründe beider Regierungen steht dabei über jedem Zweifel, wodurch auch die Kundgebungen patriotischer Gefühle erklärlich sind, welche in Rußland und Deutschland aus Anlaß des Besuchs des Kronprinzen und seiner Gemahlin, der Entfalten des Großfürsten Michail Nikolajewitsch, zum Ausdruck kommen. Zum Schluß wird noch einmal die Überzeugung ausgesprochen, die Ankunft des Kronprinzen und der Kronprinzessin werde zum allgemeinen Wohle und zu noch größerer Festigung der Freundschaft dienen, welche seit altersher zwischen den beiden Ländern bestehe, die außerdem durch die ihnen gemeinsame traditionelle Anhänglichkeit an das monarchische Prinzip verbunden sind.

Am Mittwoch brachten die Petersburger Zeitungen Bilder des deutschen Kronprinzenpaars und Begrüßungsartikel. „Nowoje Wremja“ schreibt in einem Artikel mit der Überschrift „Herzlich willkommen!“: „Der Kronprinz besucht Rußland nicht nur als Thronfolger des mächtigsten, mit Rußland durch dynastische Bande verbundenen Herrschers, sondern auch als naher Verwandter des russischen Hofes. Die Geradsicht, die Einfachheit, das Wohlgefühl und andere schöne Eigenschaften des jungen Paares entsprechen völlig den Idealen der Russen.“ — „Wizrewija Wjedomosti“ sagt in einem Leitartikel: Der Besuch des Kronprinzen hat zweifellos politische Bedeutung. Der Kronprinz ist ein lebendiger Träger der politischen Gedanken, die nach Potsdam führten. Im Lager der Feinde finde Deutschland nicht Rußland und Rußland nicht Deutschland. Das Blatt gibt schließlich dem Wunsch Ausdruck, daß der Besuch des Kronprinzen der Anfang einer neuen, durch seine Kräfte verunkelten Periode sein möge.

### Politische Übersicht.

Frankreich. Der Senat hat am Dienstag seine Arbeiten wieder aufgenommen.

Rußland. Die Duma hat in nichtöffentlicher Sitzung die Annahme der Beschlüsse für die Verfertigung der Schwarzmeerflotte an das Marineministerium, die Vorlage über die Kredite für 1911 zur Verfertigung der Reichsverteidigung, die Schaffung des Postens eines diplomatischen Beamten beim Generalgouverneur von Jekatsch angenommen.

England. Das neue englische Budget, das der Schatzkanzler Lloyd George am Dienstag im nicht öffentlichen Unterhaus einbrachte, zeigt einen tatsächlichen Überschuß von 5007000 Pfund, von denen 2357000 Pfund für Schuldentilgung und 1500000 Pfund des Restes für die Sanatorien bestimmt sind, die in dem Verordnungsentwurf vorgehoben sind. Ein Votum von 20000 Pfund ist für die Entscheidungen der Parlamentsmitglieder vorgehoben, die je 400 Pfund jährlich ohne Restlosungen erhalten sollen. Die Minister sind von dieser Entscheidung ausgeschlossen. Die Ansichten auf eine Fortdauer der guten Handelsverhältnisse seien vorzüglich. Bei Erörterung der künftigen Ausgaben, besonders in Verbindung mit dem Verordnungsentwurf, erklärte Lloyd George, kein vernünftiger Mensch könne die Fortdauer der gegenwärtigen Lage ablehnen. Er wünscht ein neues und Flottenbudgets wünschlich. Der erste Lord der Admiralität Mackenna habe bereits angedeutet, daß England die höchste Steigerung in seinen Flottenausgaben erreicht habe, und man könne für das nächste Jahr einen wesentlichen Verminderung und in dem darauf folgenden Jahre einer noch größeren entgegennehmen. Er hoffe, daß das für das Verordnungsgeleitende Feld in den folgenden Jahren ohne Steuererhöhung werde beschafft werden können. — Von dem Besuche der Diäten schließt die Regierungsvorlage nach der „Midd.-Ztg.“ alle Abgeordneten aus, die als Beamte oder Offiziere vom Staat Gehalt oder Pension beziehen. Das Gesetz erhält rückwirkende Kraft für die gegenwärtige Session.

Schweden. Der dritte und letzte Handelsvertrag wurde am Mittwoch von beiden Kammern des schwedischen Reichstages nach kurzer Debatte, an der sich in der ersten Kammer der Minister des Äußeren und in der zweiten Kammer der Finanzminister beteiligte, angenommen. In der Debatte über den Handelsvertrag wurde darauf hingewiesen, daß sich die Bestimmungen über die schwedischen Eisenindustrie durch den Handelsvertrag nicht ändern und daß in der Frage der Steinindustrie der Handelsminister eine zu große Nachgiebigkeit gezeigt habe.

Spanien. Der Generalkapitän von Melilla an der marokkanischen Küste teilt mit, daß die Stämme in der Nachbarschaft von Alhucamas hartnäckig die spanische Schutzherrlichkeit über ihr Gebiet fordern.

Portugal. Nach den bisherigen Zusammenstellungen schadet die frühere Königsfamilie dem Staate rund zwanzig Millionen Mark. Davon entfallen auf König Karl 10 Millionen, auf die Königin Amalie zwei und auf die Königin Maria Pia vier Millionen. König Manuel hat keine Vorhülle genommen.

Türkei. Die Kammer hat den Antrag der Bantun-Kommission angenommen, wonach für den durch den Staat auszuführenden Bau der Bahn Samsum-Sivas ein auf vier Jahre verteilter außerordentlicher Kredit von 3 105 000 Pfund bewilligt wird. — Nach dem Verlaufe der Reichstags-Sitzung am 19. Mai zum Besuche des Reichspräsidenten Fallieres nach Paris begeben. In seiner Begleitung wird sich der Vertreter des kaiserlichen Milwanowitsch befinden. Die Reise wird in Basel für zwei Tage und eine Nacht unterbrochen werden. — Die Stupschina hat am Dienstag endgültig mit 62 gegen 68 Stimmen einen Geleitsartikel angenommen, der allen Staatsbeamten die aktive Beteiligung an der Politik verbietet.

Marokko. Aber die Lage in und um Fez meldet die „Agence Haas“. Ein Votum der deutschen Botschafter von Fez ausgehoben war, kehrt zurück, weil er nicht über Wulen Jafub, einige hundert Kilometer nordwestlich der Stadt, hinauskommen konnte. Als der Votum am 11. Mai die Stadt wieder verließ, wurde gerade ein großer Kampf rings um die Stadt ausgemacht. Die Truppen, die einen Ansturm aus der Stadt machten, waren die Verluste seit der Eröffnung der Feindseligkeiten gehabt zu haben.

Nordamerika. Das Repräsentantenhaus nahm eine Resolution an, die eine Untersuchung gegen den Stahltrick durch den Neumerkschuh des Repräsentantenhauses vorseht. Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten hat die im November 1909 erlassenen Verurteilungen des Präsidenten Gompers und des Vizepräsidenten Mitchell des amerikanischen Arbeiterbundes zu 12 beziehungsweise 9 Monaten Gefängnis für nichtig erklärt. Die Beurteilung erfolgte wegen Nichtachtung des Gerichtsbeschlusses und diese wurde darin erachtet, daß die Genannten den Obersten Gerichtshof des Distrikts von Columbia an dem Arbeiterbund erlassenen Verbot des Votums der Fabrikate der Burns Stone Company von St. Louis (Missouri) und der mit ihr in Verbindung stehenden Firmen nicht gehorcht hätten. Der Oberste Gerichtshof hat das Erkenntnis gefällt, daß die damals erlassenen Urteile als irrig angesehen sind. — Nach einer Meldung der „New York Times“ aus Mexiko hat der deutsche Konsul in dem Ministerium des Äußeren einen Protest überreicht, in dem erklärt wird, das Eigentum und Leben der Deutschen würden ungenügend geschützt. Die Mitglieder der deutschen Kolonie haben eine in demselben Sinne gefasste Petition unterzeichnet.

### Deutschland.

Berlin, 18. Mai. Der Kaiser machte Dienstag vormittag in London einen Spaziergang im Garten des Buckinghampalastes und verbrachte mit der Kaiserin zusammen den Rest des Vormittags mit der königlichen Familie. Nachmittags gegen 4 1/2 Uhr begaben sich die Herrschaften zum Garten bei dem Earl und der Countess Londesborough. Abends fand im Buckinghampalast ein Diner zu Ehren des Kaisers statt. Mittwoch vormittag unternahm der Kaiser mit einigen Mitgliedern des Hofes eine Ausfahrt im Automobil und stattete eine Reihe von Besuchen ab. Prinzessin Viktoria Luise und Prinzessin Mary verließen um dieselbe Zeit den Buckinghampalast, um den Tower und auf der Rückfahrt die St. Pauls-Kathedrale zu besuchen. Im Laufe des Vormittags besuchte die Kaiserin die Nationalgalerie und die Ausstellung der königlichen Gesellschaft der Aquarellmaler und stattete ferner dem Kunstgewerbehaus einen Besuch ab. Der Kaiser besuchte die Ausstellung des Malers Laszlo und darauf den Botanischen Garten in Kew. Mittwoch mittag gab der deutsche Botschafter zu Ehren des Kaisers und der Kaiserin ein Frühstück in der Botschaft. Nachmittags machte das Kaiserpaar eine Spazierfahrt im Hyde Park und nahm den Tee bei Lord und Lady Londesborough. Abends war Familienfest im Buckinghampalast. Um 1/2 9 Uhr begaben sich der König und die Königin mit den kaiserlichen Gästen und den übrigen Mitgliedern der Königsfamilie zur Vorstellung von Bulwer Lyttons „Geld“ nach dem Drury-Theater. Enorme Menschenmengen brachten vor dem Theater domernde Hochs auf die kaiserlichen Gäste aus. Im Innern des Hauses, das bis auf den letzten Platz besetzt war, herrschte eine glänzende Verammlung der kaiserlichen und königlichen Herrschaften. Als sie die königliche Loge betreten, erhob sich das ganze Haus, und die Kapelle stimmte die Nationalhymne an. Dem Kaiser wurden besonders begeisterte Ovationen dargebracht, für die der Herrscher sichtlich bewegt dantete.

(Der Kronprinz und die Kronprinzessin) sind Mittwoch nachmittag 4 1/2 Uhr in Jaroslaw Selo eingetroffen, wurden von Kaiser Nikolai und der Kaiserin Alexandra feierlich empfangen und nach dem Schloß geleitet, wo später auch die Königin-Mutter eintraf. Auf dem ganzen Wege dahin bildeten Truppen Spalier und das Publikum brachte begeisterte Hochrufe aus. Bei dem Galadiner, das abends 8 Uhr im Großen Palais zu Jaroslaw Selo stattfand, waren 120 Personen geladen. Im großen Hofsaal war die glänzende Tafel serviert. Da Jarin Alexandra immer noch verweilt, offiziellen Festlichkeiten beizuwohnen, nahm ihren Platz die Jarin-Mutter ein. Sie sah rechts vom Thron, der in der Uniform der weißrussischen Quinzen erschienen war. Links von ihm hatte die Kronprinzessin Platz genommen. Sie trug den ihr heute verliehenen Katarinennorden. Rechts von der Jarin-Mutter saß der Kronprinz in der russischen Dragoner-Uniform. Sämtliche Mitglieder des Zarenhauses wie die deutsche Botschaft und die bayerische Gesandtschaft nahmen am Galadiner teil.

(Aber die elsass-lothringische Verfassungsreform) bringt jeder Tag neue Gerichte. Das eine sieht fest, daß eilig hinter den Kulissen verhandelt wird, um das Zentrum für den Sprachenparagrafen zu gewinnen. Wie einige Blätter wissen wollen, soll sich das Zentrum der Annahme dieses Paragrafen geneigt zeigen, wenn ihm dafür der Mitgliedsunterstützung für gemischtsprachige Landesteile in französischer Sprache konzediert werden (?).

(Mit dem 1. Vorsitzenden des Bundes der Feilbesoldeten, Sekretär Huid, sind die Bundesmitglieder, wie der „Alpen West. Ztg.“ geschrieben wird, unzufrieden. „Es wird Herr Huid wohl vermehrt, daß er sich in einem Berliner Reichstagswahlkreise als Kandidat der konservativen Partei aufstellen ließ. In den Ortsgruppen wird diese parteipolitische Betätigung recht abfällig kritisiert, und in einer derselben nahm man folgende Resolution an: „Die Ortsgruppe Niddorf des Bundes der Feilbesoldeten erachtet eine intensive parteipolitische Betätigung der Bundesmitglieder für durchaus geboten, erachtet jedoch mit Rücksicht auf den wirtschaftspolitischen Charakter des Bundes, in dem Mitglieder aller bürgerlichen Parteien vertreten sind, daß die in führender Stellung befindlichen Mitglieder des Bundesvorstandes sich daneben nicht als Kandidaten für die Reichs- und Landtagswahlen in hervorretender Weise in den Dienst einer bestimmten politischen Partei stellen.“ Herr Huid soll gebeten werden, das ihm angetragene Mandat dem Wahlkreise zurückzugeben.

(Auf dem Wege zur völligen Selbstständigkeit) Seit den ersten Vorarbeiten zur Einführung der neuen Selbstbesoldung ist zielbewußt von der Landesverwaltung darauf hingearbeitet worden, nach Möglichkeit die Unterschiede zwischen dem Aussehen der Mannschaften und der Offiziere zu vermindern und den Offizier als solchen nur auf nahe Entfernungen, in der eigenen Schützenlinie den eigenen Leuten, kenntlich sein zu lassen. Von den alten Adjutantenführern der Schützen sind, bei der Infanterie, den Jägern und den Schützen, für den Kriegsfall vorläufig noch geblieben die silbernen Adjutanten, die silberne Feldbinde und der Offiziersornat, der bisher aus schwarzem Glanz-



leder gefertigt war. Jetzt soll, wie die „Mil.-pol. Korrespondenz“ meldet, als weiteres Zugeländnis an die Feldmäßigkeit der schwarze Offizieruniform fallen und durch ein von der Bekleidungsabteilung des preussischen Kriegsministeriums in Abereinbarung mit den bayerischen, sächsischen und württembergischen Zirkonszen ausgewähltes Modell ersetzt werden, das in Farbe und Bezug dem Tornister der Mannschaften ähnlich sein wird. Der Rauminhalt des mit Zell bezogenen neuen Tornisters erlaubt die Mitführung von Federwäse, einem Paar leichter Schnürschuhe und zweier eisernen Portionen. Um den Tornister wird, wie von den Mannschaften, der gerollte Mantel oder Umhang getragen.

(Polen und deutsche Geistlichkeit.) Vom Schöffengericht in Dirschau wurde der verantwortlich zeichnende Redakteur der polnischen Zeitung „Belgrzym“ in Belpin wegen öffentlicher Beleidigung des katholischen Pfarrers Schwantz in Zempelburg zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Dem Beleidigten war in zwei im „Belgrzym“ veröffentlichten Artikeln der Vorwurf gemacht worden, daß er kein Amt als Seelforger zum Germanisieren der polnisch sprechenden Katholiken benutze.

(Abg. Dr. Naumann) äußert sich in der neuen Nummer der „Silber“ über den Sprachenparagrafen bei der elsaß-lothringischen Verfassungsfrage und gibt darüber wie folgt seine persönliche Auffassung kund: „Es drückt sich nicht um eine Verchiebung des festigen Rechts- oder Genossenschaftszustandes, sondern nur um eine Formulierung desselben. Es könnte also der Sprachenparagraf angenommen werden, ohne daß in nächster Zeit irgend etwas sich in der Praxis ändert. Würde im elsaß-lothringischen Landesgesetz eine solche Zustimmung stehen, so ließe sich darüber reden, weil ja in diesem Falle es die Elsäßer selbst in der Hand hätten, weitere Verchiebung der Unterrichtsverwendung beider Sprachen landesgesetzlich zu regeln. Das Bedenkliche ist die Annahme dieser Bestimmungen in ein Reichsgesetz. Nach meiner Ansicht gehören Sprachenfragen überhaupt nicht zur Reichsgesetzgebung, sondern müssen möglichst dezentralisiert werden, wie man es neuerdings mit gutem Er-

folg in Osterreich versucht. Der Staat als Ganzes hat nicht danach zu fragen, in welcher Sprache ihm gebietet wird, sondern nur, ob alle staatlichen Pflichten erfüllt werden.“ Naumann meint, man dürfe nicht in demselben Augenblick, wo man den Elsäßern einen Anfang bundesstaatlicher Rechte geben wolle, ihnen die Bestimmung über die Sprachenbehandlung wegnehmen.

### Parlamentarisches.

— Von parlamentarischer Seite schreibt man uns: Der konservative Abg. Arnsta dt., der Renommierbauer seiner Partei, bedauert in einem Aufsatz, daß bei der Behandlung einer Petition über die Ausdehnung der Fleischbeschau auf die Hauschlachtungen in der betreffenden Reichstagskommission die Freisinnigen für die Überweisung zur Berücksichtigung gestimmt und damit wieder einmal bewiesen hätten, wie sie jederzeit bereit seien, dem heimischen Landwirt das Leben schwer zu machen, während sie die Einfuhr von Fleisch aus dem Auslande begünstigen. Die Schlussfolgerungen sind durchaus unzutreffend. Die freisinnigen Mitglieder der Kommission haben nichts weiter gewollt, als allen Konsumenten den Genuß einwandfreien Fleisches zu sichern. Wenn hinsichtlich der Zulässigkeit der Einfuhr ausländischen Fleisches verschiedene Auffassungen bestehen, so beziehen sich diese lediglich auf die Frage der Art der Sicherung gegen die Einschleppung von Viehseuchen und der Verhütung von Schädigungen der Volksgesundheit. Die Freisinnigen treten nur vor für eine dem Zweck entsprechende Grenzsperrre ein zur dauernden und erfolgreichen Verhütung der Einschleppung von Seuchen, wie dies schon Abg. Dr. Struve namens der Fraktion der fortschrittlichen Volkspartei bei der Verabschiedung des Viehseuchengesetzes im Plenum des Reichstages eindringlich ausführte. Er sagte damals: „Jede wirksame Bekämpfung der Viehseuchen im Auslande muß an der Grenze erfolgen. In der Fürsorge für die Viehzüchtende Landwirtschaf lassen wir uns von keiner Partei dieses Hauses übertreffen.“ Alle Verdächtigungen, die nach dieser Seite hin von agrarischen Vätern und Rednern geäußert worden sind oder noch geäußert werden sollten, sind demnach absolut hinfällig und dokumentieren nur den Mangel

an wirklichen Gründen zur Befämpfung der liberalen Landwirtschaftspolitik.

— Eine Erklärung der Sozialdemokraten über die Reichsversicherungsordnung. Die Reichsversicherungskommission trat am Mittwoch zusammen, um ihren Plan gemäß von den beiden ihr übergebenen Gespenstbüchern das Gesetz über die Aufhebung der freien Hilfskassen zu beraten. Ein sozialdemokratisches Mitglied der Kommission hat aber, diese Vorlage den durch die Plenarberatung der Reichsversicherungsordnung überarbeiteten Mitgliedern der Kommission nicht schon jetzt zur Beratung zu stellen, sondern dies bis zum Herbst zu vertagen. Die sozialdemokratische Fraktion beabsichtige keine Verschleppung. Wenn nichts Besonderes passiere, könne die zweite Lesung der Reichsversicherungsordnung noch im Laufe dieser Woche erledigt werden. Die Kommission beschloß, dem Wünsche infolged Rechnung zu tragen, als zunächst das Einführungsgezet für Reichsversicherungsordnung beraten werden soll. Diese Beratung beginnt Donnerstag.

### Literatur, Kunst und Wissenschaft.

1. Sommeroden. Der Frühling hat uns zwar bis jetzt recht herbstliche Kühle beschert und man hat noch immer nicht das Bedürfnis, sich in leichte sommerliche Gewänder zu hüllen, aber auch das hat seine Vorteile — denn man gewinnt Zeit und kann mit Ruhe die praxtische Wahl treffen. Vor allem sind es Röhlinge in allen Stufen, denen die erste Sorge gilt. Die „Wiener Mode“ hat deren in ihren letzten Nummern eine große Auswahl veranhandelt und bringt ergänzend in dem jeden erschienenen Heft eine Serie reizender, sehr apart einfacher Sommertoiletten, die mit Jubelentzude der Wiener Modedesigner im Laufe leicht hergestellt werden können. Der Anspus dieses Heftes besteht, wie sich in Samstagsnummern und in Heften und jetzt, wie munderbar dieses Material verwertet werden kann, worüber im Sonderheftteil des Heftes auch genaue Details angeführt sind. Vouboit und Sporttrübit sowie eine Anzahl Sporttoiletten gestalten das Heft zu einem ebenso praxtischen als unterhaltenden Hausheft.

Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von Th. Höpner in Merseburg.

### Anzeigen für Merseburg

Für diesen Teil übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

#### Familiennachrichten.

Mittwoch früh entschlief nach langen schweren Leiden meine liebe Mutter, unsere Schwieger- und Großmutter, Frau

#### Amalie Bestel

geb. Wagner

im Alter von 73 Jahren. Dies geht an im Namen der Hinterbliebenen

Mag. Wagner.

Merseburg, den 18. Mai 1911.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittags 5 Uhr statt.

Etwazugedachte Kranspenden bitte Obere Breite Straße 24 abzugeben.

Ein kleines Logis mit allem Zubehör ist zu vermieten und 1. Juli zu beziehen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

#### Kinderrwagen

bittl. zu verl. Obere Breite Str. 10.

Guterhalt. Kinderwagen mit G-R.

bittl. zu verl. Johannisstr. 16, pt.

Gebr. H. Federrollwagen,

fast neues Kummelgeschirr

zu verkaufen Blumenthalstr. 7.

16 Stück junge Gaten

verkauft Ober-Altensburg 18.

10 Stück Zerkel

zu verkaufen Blößen 12.

Eine Ziege, frischmelkend,

verkauft Meuschauer Str. 1.

Ein älteres Arbeitspferd

ist zu verkaufen. Näheres

Empfehle

Matrindfleisch, Schweinefleisch,

sowie Schmeer und Fett.

Freitag frische Wurst. . .

G. Baumann, Gottbardstr. 30.

Für Gastwirtsche und

Glafchenbierhändler

bält Bieranmeldungs- und Nach-

weisungsformulare, sowie Lager-

bücher stets vorrätig

Buchdruckerei Th. Höpner,

Merseburg, Elgrube.

# IM FLUGE



bricht sich die Überzeugung Bahn,  
daß der

## OXO Bouillon-Würfel

der C<sup>ie</sup>-LIEBIG

### unerreicht dasteht!

Wo es sich um Verbesserung von Suppen, Saucen,  
Gemüsen usw. handelt, empfiehlt sich die Verwendung  
von Liebig's Fleisch-Extrakt, welches den Eigengeschmack  
der Speisen nicht verdeckt.

**Nächster Cyrechttag**  
Sonabend den 13. Mai, nachm.  
4-7 Uhr, im „Gasthof zum  
Gradierwerk“ in Neuschberg-  
Dürrenberg.  
Dr. Gumz,  
Rechtsanwalt in Merseburg.  
Eernipr. 30, Poststr. 2.

**Christlich. Volksfest**  
für innere Mission  
am Sonntag den 21. Mai cr.,  
nachm. 1/4 Uhr.  
im Garten des „Casino“, Zeinaer  
Straße.

Der P. Haarman wird aus  
seinen Erlebnissen in der Stebes-  
arbeit an Gefangenen und Ent-  
lassenen erzählen.  
Alle evang. Gemeindeglieder  
sind herzlich eingeladen. Der  
Eintritt ist frei.  
Bei ungünstigen Wetter findet  
das Fest im Saale statt.

**Evangel.**  
**Arbeiter-Berein.**  
Sonntag den 21. Mai  
**Familien-Ausflug**  
nach Kößichen.  
Dabei selbst Preisstücken und  
Regeln.  
Abmarsch nachm. 1/2 Uhr vom  
Kinderplatz. Wiederbäder mit-  
bringen. Gäste sind willkommen.  
Der Vorstand.

**Martini's Waldhaus,**  
Mücheln, Tel. 34,  
10 Min. von der Stadt entfernt,  
ist infolge  
seiner schönen idyll. Lago  
der herrlichste  
Ausgangsort des Geistesales.

**Wartburg.**  
Echt  
**Lichtenhainer.**

**Theater**  
**„Weiße Wand“**  
Altes Schützenhaus  
Nur noch heute und morgen  
Freitag  
**Heißes Blut,**  
sowie das andere  
Schlager-Programm  
Dienstag und Freitag Programm-  
wechsel.

**Hubolds Restauration**  
Heute  
**Schlachtfest.**  
Freitag  
**Schlachtfest**  
F. Göke, Krausstr. 8.  
Freitag  
**Schlachtfest**  
Allerik, Amtshaus 17.  
**Stas- und Kleehausen**  
wird angenommen. Gottbardstr. 44.

**Sunges Mädchen**  
als Hilfe in der Damensängerberei-  
nigt ist, an. Unt. nicht ausgereich.  
Fr. G. Heibel, v. d. Sirtort 1.  
**Suche**  
ältere Stütze, Köchin,  
Stuben- u. Hausmädchen,  
Mädchen für einl. Ehepaar,  
Knechte und Landmädchen.  
Frau Henriette Langenheilm.  
gen. Stellenverm. Schmale Str. 18.  
Empfehle Mädchen v. Lande. D. D.

Suche zum 1. Juli ein  
heißiges ehrliches Mädchen.  
Zu erfragen in der Exped. d. Bl.  
**Gaubere Aufwartung**  
für früh per sofort oder 1. Juni  
ge sucht. Zu erfr. i. d. Exp. d. Bl.  
Nettes Mädchen oder unab-  
hängige Frau als  
**Aufwartung**  
sfort oder per 1. Juni ge sucht.  
Halleische Straße 39, part.

**Kaiser-Wilhelms-Halle.**  
Sonntag den 21. Mai 1911, abends 8 Uhr  
großer  
**Theater-Abend.**  
Schauspiele, Regitationen, Couplets u. Lustspiele,  
dargestellt von  
Mitgliedern des Neuen Theaters zu Halle a. S.  
Vorverkauf 30 Pf. in sämtlichen Conium-Bereins-  
Zirkularen, bei sämtlichen Generalkassens-Vorständen und  
Kassierern, sowie in der Zigarrenhandlung von Carl Geb-  
hardt und im Theater-Vokal. Programm an der Kasse 10 Pf.  
Nach dem Theater Tanz.

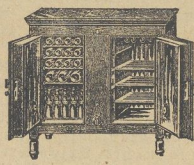
Nach dem Theater Tanz.



Markt  
Nr. 33

# Paul Ehlert vorm. Aug. Perl.

Telephon 329.  
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.



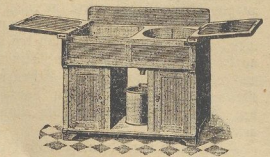
Eis-Schränke,  
Speisen-Schränke,  
Gazeglocken,  
Fruchtpressen,



Butter-Kühler  
ohne Eis,  
nur  
ein Eimer Wasser  
nötig.



Aufwaschtische,  
Badewannen,  
Blumenkrippen,  
Soxhlet-Apparate.



Viktoria-Konservengläser m. Glasdckl.  $\frac{1}{4}$   $\frac{1}{2}$   $\frac{3}{4}$  1  $1\frac{1}{2}$  2 1  
30 35 40 45 50 60 Pf.



Krumeichs Konservenkügel  $\frac{1}{2}$   $\frac{3}{4}$  1  $1\frac{1}{2}$  2 1  
55 60 65 85 110 Pf.

N<sup>o</sup> 3 · 4 · 5 ·  
Preis 3 · 4 · 5 Pfg.  
das Stück.

JASMATZIG

## EIMAS

ZIGARETTEN

erweitern d. Kreis der  
Qualitäts-Raucher  
in ungeahnter Weise!

HALLE a. S.

Zschejge's Hotel und Restaurant  
**Wettiner-Hof**  
Magdeburgerstr. 5. Inh.: Richard Zschejge. Tel. 1018.  
Nähe des Bahnhofes und der Kgl. Kliniken  
Verbindung nach allen Richtungen. Elektrisches Licht.  
Zentralheizung. Bäder im Hause.  
Vornehmes Restaurant. Vorzügliche Küche.  
Erstklassige Biere. ff. Weine.

Etablissement „Bergschenke“  
mit Bismarckdenkmal. Parle des Saaletales.  
Alten. histor. Lokal. Herrlich am Saalestrand.  
der Burgruine Giebichenstein gegenüber gelegen.  
Beliebter Ausflugspunkt. Paul Zschejge.

Grosse Preis-Ermässigung.

Auf die Listenpreise meiner

**Braunschweiger  
Gemüse-Konserven**

gewähre ich  
**diesen Monat 10% Rabatt.**

Da die Vorräte nur kleine sind, so kann ich nur  
empfehlen, sich rechtzeitig einzudecken.

**Paul Näther Nachflg.,**

Telephon 345. Markt 9.

Von der Handelskammer zu Halle a. S. bin  
ich als

**Bücher - Revisor**

geprüft, öffentlich angestellt und vereidigt worden.

**Walter Westram, Merseburg a. S.,**  
Poststrasse 8. Fernsprecher 34.

Elegant  
schnelllaufend und  
unverwüstlich sind



**ADLER  
BÄDER**



Seit Jahrzehnten als  
**erstklassige Qualitätsmarke**  
allseitig anerkannt.

Adlerwerke vorm. Heinrich Kleyer A.-G., Frankfurt a. M.  
Gegründet 1880. ra. 4000 Arbeiter  
Königl. Preuss. Staatsmedaille in Gold für gewerbliche Leistungen.

Vertreter: **Gustav Schwendler, Karlstrasse.**

Saft schmerzlos! Keine Narbe!  
**Zähmierungen,  
Mutterwale, Vebelstede  
Wargen, Sühneraugen**  
entfernt garantiert, ohne Ätzen oder  
Schneiden (durch elektr., netzloslich  
gesch. Verfahren)

**Alfred Kluge**  
Friseur, Bahnhofstrasse Nr. 10.

**Rucksäcke**

in jeder Preislage. Haltbar-  
keit garantiert.

**Wilhelm Köhler,**  
Göthardstr. 5.

**Magenleiden!  
Stuhlverstopfung!  
Hämorrhoiden!**

Kann man selbst heilen.  
Auskunft ert. kostenlos gerne  
an Jedermann Krank-  
schwester Marie, Nicolastr. 6  
Weesbaden. 194.

Schwarze und farbige

**Frühjahrs - Paletots**

für Frauen und junge Mädchen  
finden Sie

in großer Auswahl und zu  
billigen Preisen bei

**Theodor Freytag**

Kohmarkt 1.

**Wybert-Tabletten**  
Schützen Sie vor  
**HUSTENHEISENKEITKATARRH**

Tausende von Menschen be-  
dürfen zu ihrer Tätigkeit im  
Berufe gesunder, kräftiger  
Stimmorgane. Während der  
reinen Jahreszeit sind diese  
bedroht. Schützen Sie sich durch  
täglichen Gebrauch v. **Wybert-  
Tabletten** vor Husten, Heiser-  
keit, Katarrh. Eine Probe  
dieser beweist mehr als viele  
Worte. Vorrätig in allen  
Apotheken a 1 Mt.

**Die Beste**

und sicher wirkende medizinische  
Seife gegen alle Hautunreinig-  
keiten und Hautausschläge, wie  
Mittel, Finnen, Pickeln, Mit-  
teln, Geschwüre usw., ist un-  
bedingt die echte  
**Stekersfeld - Kerstschwefel - Seife**  
v. Bergmann & Co., Radebeul,  
a. St. 50 Pfg. bei **W. Fuhrmann**  
Ang. **Rever** Ww., Franz Wirth,  
Reinhold Kiche.



Die  
**kleine  
Garde**

schreit stets Hurra, wenn Mutter  
von ihren Einkäufen heimbringt

**Rheinperle  
und  
Solo**

Margarine sowie die beliebte

**Pflanzenbutter - Margarine  
Cocosa**

Das Butterbrot schmeckt noch einmal so gut,  
denn Mutter gibt reichlich, weil billig, nahr-  
haft und bekömmlich! — Überall erhältlich!

Alein. Fabrikanten: Holl. Marg.-Werke Jurgens & Prinzen G.m.b.H. Goch.



statt

**Butter**

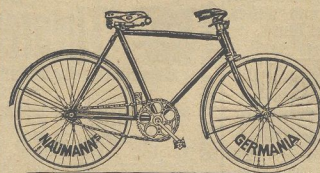
das beste!

**Germania-Fahrräder**

von

**Seidel & Naumann,  
Dresden**

sind **erstklassig**  
in Arbeit und  
Material und nicht  
durch Versandhäuser,  
sondern nur durch  
den soliden Fahr-  
rad-



In Merseburg bei: **Oscar Baar, Entenplan 9.**

Siehe 2 Beilagen.



Erste Beilage.

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 17. Mai.) Im Reichstag kam es am Mittwoch gleich nach Eröffnung der Sitzung zu einer aufregenden Szene. In der vorbereiteten Rede der allgemeinen Erbinne hatte eine ältere Frau mit ihrem Kinde Platz genommen und sich schon in der Sitzung durch allerlei Geiseltationen und laute Zurufe unangenehm bemerkbar gemacht. Als die öffentliche huterliche Frau dieses Treiben auch während der Sitzung fortsetzte, mußte sie, da es alles gültige Jurenden nichts half, gewaltsam aus dem Saale entfernt werden. Das gütliche Aussehen der Frau nicht, sondern durch die Sitzung eine kurze Unterbrechung wurde. Abg. Dr. Müggenhauser bemühte sich um die Kranke, und erst nach geraumer Zeit erreichte der peinliche Zwischenfall sein Ende. Die Weiterberatung der Reichsverfassungsgesetzgebung ging im schnellsten Tempo und in der denkbar ruhigsten Form weiter. Sozialdemokratische Anträge auf Ausdehnung des Umfanges der Gemeindefinanzverwaltung wurden abgelehnt. Dagegen wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der bestimmt, daß die freiwillige Versicherung nicht schon dann außer Kraft treten soll, wenn der Beitrag nicht rechtzeitig bezahlt ist, sondern erst, wenn eine Mahnung vorgegangen ist. Auch die Paragrafen über die Versorgung der Hinterbliebenen von Unfallgebliebenen wurden ebenfalls als erledigt angesehen. In der Begründung wies die Abg. Mollenhuth und Schmidt-Berlin darauf hin, daß dieser Antrag sich gegen die Mitgliedschaft der Berufsvereinigungen beim Zentralverband Deutscher Industrieller richtet, der einen Beschlusses zur Unterfertigung der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie gegründet habe. Sie bezichtigten die Verwendung unehrerlicher Gelder zu derartigen politischen Zwecken als Korruption. Auch Abg. Dr. Müggenhauser (Forstsch. Wpt.) verwarf die Verwendung von Mitteln der Berufsvereinigungen zu diesem Zweck und verbat sich gerade als Mitglied einer bürgerlichen Partei diesen Unfug. Viel zurückhaltender drückte sich der nationalliberale Abg. Dr. Semler aus. Er will zwar die Verwirklichung der in Rede stehenden erwerbenden agitatorischen Zwecke nicht abgesehen haben und verlangt, daß die Berufsvereinigungen über den Parteien stehen. Er meint aber, trotz des belandenen Materials, daß sie bisher auch über den Parteien gehalten haben. Ministerialdirektor Caspari, von Dr. Müggenhauser zur Äußerung veranlaßt, wies auf das Gesetz hin, das die Verwirklichung der Verwendung der Mittel der Berufsvereinigungen genau präzisiert seien und daß in zweifelhaften Fällen das Reichsversicherungsamt einzuschreiten habe. Der Antrag der Sozialdemokraten wurde daraufhin abgelehnt. In der weiteren Beratung wurde der Termin, bis zu dem der Bundesrat dem Reichstag die gesetzlichen Vorschriften über die Mitgliedschaft der Berufsvereinigungen zur erneuten Beschlußfassung vorzulegen hat von 1912 auf 1913 verfrist. Gleichfalls angenommen

wurde ein Antrag des Abg. Gotthein (Forstsch. Wpt.), nach dem in Betrieben mit mindestens 25 ausländischen Arbeitern einer Mutterpraxis die Unfallversicherungsbedingungen vorgeschrieben sind in der Mutterpraxis dieser Arbeiter bekannt gemacht werden müssen. Im übrigen wurden keine wesentlichen Änderungen beschlossen. Die Beratung ist an diesem ersten Tage ein gutes Stück vorwärts gekommen, denn es wurden mehr als 300 Paragraphen erledigt. Donnerstag Fortsetzung.

Abgeordnetehaus. (Sitzung vom 17. Mai.) Im Abgeordnetenhaus, das sehr stark besetzt war, begann am Mittwoch die zweite Lesung der Feuerbestattungsgesetzvorlage, die von der Kommission mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden war. Gleich der erste Redner des (schwarz-blauen) Kulturfortschritts Verbands, Nicht Hofen (Hpt.) trat energisch gegen die „Leichenverbrennung“, für den Aufrechterhaltung des Begräbnisses, „für Tradition“ ein. Der Entwurf bedeutete einen Einbruch in alte geerbte Sitten; die faktische Feuerbestattung sei der erste Schritt zur Obligatorität. Nachdrücklich kritisierte die Bedenken der Entwurf. Das scheint doch aber alles nicht so schlimm zu sein, denn Herr Nicht Hofen konnte, wie er selbst sagte, nur für einen Teil seiner Freunde sprechen. Der nationalliberale Abg. Krause-Königsberg bezeichnete die Zulassung der Feuerbestattung einfach als ein Gebot der Toleranz. Wenn das Gesetz nicht zustande kommt, müßte der Minister die Aufhebung des Gesetzes anzuordnen. Während der Rede des Abg. Nicht Hofen (Hpt.) wurde das Haus zunehmend unruhiger. Die arme preussische Regierung bekam sogar zu hören, daß sie verlange, wenn es gelte, den geistlichen Geist zu stärken. Schließlich brachte der Zentrumredner es fertig, von einer Intoleranz der Minderheit gegen die Mehrheit zu sprechen. Der Minister des Innern v. Döllner erklärte, daß die Zustimmung eines großen Teiles seiner Freunde zur Vorlage. Für die fortschrittliche Volkspartei sprach in ausgezeichneten Ausführungen Dr. Radtke. Er wandte sich besonders gegen die Agitation der Gegner, die im Lande die Vorstellung erwecken, als handle es sich um den Feuerbestattungszwang. Alle Einwände in hygienischer, kriminalpolizeilicher, religiöser und ethischer Hinsicht seien beseitigt worden. Er sei ganz davon überzeugt, daß beim gegenwärtigen Zustand die Gemeinden immer mehr belastet werden, da es immer schwerer fällt, Plätze für Friedhöfe zu erwerben. Ein Staatsfriedrichs des Großen sollte jeder nach seiner Fülle jeder werden, im Kulturland der Gegenwart sollte sich jeder selbsttätig leisten können, wie es seinen Anschauungen entspreche. Er beantragte, man entlasse die Vorlage. Das Zentrum schied als zweites Redner der Abg. Wellvor, der abermals gegen die Unbilligkeit der Vorlage Sturm lief und wiederholt Paraphrasen hervorrief. Den Reden der Redner schloß Abg. Hoffmann (Soz.), der nur zwei Sätze davon sprach. Das Zentrum sollte nicht so zupöbeln von der Leichenverbrennung sprechen. Bei der Verbrennung werden Leichen nicht die Verwesung durch gar nicht so zupöbeln gewesen. Die Regierung

habe die Vorlage nur eingebracht, um Preußen nicht weiter als den reichsfürstlichen Staat zu blamieren. Im 3/4 der Woche wurde nämlich Schluß gemacht und die Beratung auf Donnerstag 12 Uhr vertagt.

Das Herrenhaus wird in einer der nächsten Plenarsitzungen die Schlussberatung über den vom Abgeordnetenhaus in abgeänderter Fassung zurückgelassenen Gesetzentwurf über die Auflösung der Zentralbehörden im Regierungsbezirk Straßburg und die einmalige Schlussberatung über den zunächst dem Herrenhaus vorgelegten Gesetzentwurf, betreffend die Umlegung von Grundstücken in Köln, vornehmen.

Verband der Obst- und Gartenbauvereine im Bezirk der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen.

Im Hauptverwaltungsgebäude der Landwirtschaftskammer in Halle lagte am Dienstag vormittag die diesjährige 15. Vertreterversammlung des Verbandes der Obst- und Gartenbauvereine. Der Vorsitzende Emanuel Garde-Beck eröffnete die Versammlung und begrüßte die anwesenden Gäste, u. a. den neuen Vorsitzenden der Landwirtschaftskammer Grafen von der Schulenburg-Dehler. Dieser betonte, daß die Kammer die Bestrebungen der Obstbauvereine stets fördern werde und wünschte, daß andererseits die Vereinsmitglieder der Tätigkeit der Kammer mehr Verständnis und Anerkennung entgegenbringen möchten. Den Tätigkeitsbericht erstattete der Vorsitzende der Obstbauabteilung der Landwirtschaftskammer, Herr Schindler. Danach sind aus dem Verbande 2 Vereine ausgeschlossen, dagegen haben sich 17 Vereine dem Verbande neu angeschlossen, so daß diesem jetzt 214 Vereine mit 13443 Mitgliedern angehören und das Netz der Vereine ziemlich lückelos sich über die Provinz verbreitet. Die Bemühungen um Einführung eines Obstmarktes durch die Landwirtschaftskammer sollen im laufenden Jahre weiter fortgesetzt werden.

Den ersten Vortrag hielt der Inspektor am königlichen botanischen Garten in Dresden, Herr M. Löbner, über: „Bedeutung und praktische Ausführung einer zielbewußten Pflanzenerziehung nach neuesten Grundsätzen für Gartenbau und Obstbau.“ Nach sehr interessanten Ausführungen über die mehr oder weniger große Samenbeständigkeit der einzelnen Obstsorten wies der Redner darauf hin, daß es die Hauptaufgabe eines jeden weitverbreiteten Obstbauzüchters sei, samenreine Sorten heranzuzüchten, die aus dem Samen schon die echte Mutterform erzeuhen, auch wenn ein arbeitsreicher Züchter gleich nach dem Entstehen der neuen Sorten den Fremdbestäubung, wodurch die Veredelung vom Zufall abhängig wird. Bei nicht samenbeständigen Sorten kann man niemals auf ein bestimmtes Ergebnis der Kreuzung rechnen. Deshalb ist die Samenbeständigkeit unserer besten deutschen Obstsorten anzustreben. So lange dies nicht erreicht ist, muß man sich darauf beschränken, die Nachkommen zu studieren, ob sie Eigenschaften zeigen, die sie als event. Ertrag der heute existieren, aber absterbenden Obstsorten empfehlen können.

Herr Schindler, Vorsitzender der Obstbauabteilung der Landwirtschaftskammer, referierte hierauf über das Thema: „Welche Maßnahmen zur Förderung des Obst- und Gartenbaues hat die Landwirtschaftskammer bisher durchgeführt und in welchem Ausmaß und Einzelheiten die vorhandenen Einrichtungen auszuweisen.“ Er legte

Ein Frühlingstraum.

Eine Erzählung aus dem Leben von Dr. Lehne. (10. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Endlich, endlich war es Zeit, daß er den gemühten Besuch machen konnte. Er wollte gleich in das Computor eintriften, jedoch gab es eine kleine Zwischenstopp, kam ihm entgegen und forderte ihn auf, sich einzuwickeln, noch mit nach oben in die Privatwohnung zu bemühen, da Papa noch schlief. Ihre Geduld trug einen selbst triumphierenden Ausdruck, was er wohl bemerkte, und eine Besonnenheit erfaßte ihn, als er die dreiten treppchenartigen Stufen emporschritt — was mochte ihm wohl bevorstehen? Im Salon angekommen, sah ihn Gabriele, nach zu nehmen und verwidete ihn in eine Unterhaltung, die sie wohl zu führen verstand; ihr Benehmen hatte etwas Sicheres, fast Frauenhaftes, das kaum zu ihrer Jugend paßte, vielmehr aber daher rührte, daß sie die Mutter nicht verloren hatte und infolgedessen repräsentierte. — Ihre Hausdame, Fräulein von Kaffen, war in ihren Augen keine vollgeltende Persönlichkeit — sie wurde ja bezahlt — Wolf mußte sich Mühe geben, ein nur einigermaßen höflicher Gesellschaftler zu sein, da seine Gedanken anderswo weilen. Jedoch, das mußte er sich geteuen, soviel Auge hatte er doch für sie — daß Gabriele heute selten gut und vorteilhaft aussah in der sehr eleganten, leichten Sommertoilette, die einem unverheirateten Herrn. Wolf fragte über die erhaltene Zurechtweisung preßte sie die Lippen zusammen, während ein hochmütiger Zug ihr Gesicht entfaltete. Das Verlangende, Hingebende war ganz aus ihrer Haltung verschwunden; ihre üppige Gestalt richtete sich hoch auf, und ganz unvermittelt bemerkte sie: „Ach, gnade, Herr Leutnant, Papa wird Sie bereits erwarten!“ „Er sah nach der Uhr. „Schon vier? Und auf halb vier bin ich bestellt!“ Sie gestattete dabei, gnädiges Fräulein, daß ich mich entferne.“ „Er verneigte sich; diesmal reichte sie ihm die Hand, und als die Tür sich hinter ihm geschlossen, rief sie häßlich: „Woh auf den Weg, Wolf von Wolfsburg — mein Werk Du doch!“ Bankier Ulrich erhob sich von seinem Platz an dem mächtigen Schreibtisch, als Wolf eintrat, ihn zu be-

grüßen. Er war von ziemlich kleiner, etwas zur Komplexion neigender Gestalt. Das runde, von einem ergaunten Bart umrahmte Gesicht trug für gewöhnlich einen gutmütigen jovialen Ausdruck, jedoch ein Zug darin zeigte, daß er rücksichtslos bis zur Härte sein konnte, und auch die Augen hatten einen stürzigen verschlagenen Ausdruck. Ihm ging der Ruf eines sehr richtigen, gerügten Gesichtsmuscles voraus. „Sie schreiben mir, daß Sie mich erwarten“, begann Wolf, nachdem er sich die Hände gewaschen. — „Ach, Leutnant, schon seit zwanzig Minuten —“ lächelte Bankier Ulrich. „Dann bitte ich sehr um Verzeihung, aber Ihre Fräulein Tochter —“ entschuldigte sich der junge Offizier, hatte ihn dies Gesicht noch belogen! „Schon gut“, unterbrach ihn der Bankier, „schon gut, Herr Leutnant; ich begreife — eine junge Dame besitzt mehr Anziehungskraft, als ein alter Mann!“ „Ain, daß Sie sich gut unterhalten haben, muß ich aus Ihrer Unmündlichkeit schließen — freut mich sehr!“ „Was fiel dem Mann ein, ihn, Wolf, zu mokieren? Aber er war doch zu sehr Edelmann, als daß er die Tochter beim Vater verlagte. — Etwas hochmütig im Ton, eine Entgegnung auf jene Bemerkung umgebend, sagte er: „Sie wünschen meine Unwesenheit, Herr Ulrich — darf ich fragen, weshalb?“ „Weshalb?“ lautete die etwas scharfe Frage, „weshalb? Können Sie sich das nicht denken? Oder ist Ihnen dies Papier hier unbekannt?“ Dabei schloß der Bankier ein Fach seines Schreibtisches auf, dem er ein Blatt Papier entnahm, das die Form eines Wechsels hatte, entfaltete es und hielt es Wolf vor die Augen. „Ain, Herr Leutnant von Wolfsburg, Ihre Handchrift ist Ihnen doch bekannt — oder bewußt? Sie etwa die Schrift dieses Kennzeichens?“ „Ach, nein, das Wolf aus, vor seinen Augen tanzten die Buchstaben, und nur mit Mühe sah er, daß der Wechsel am 30. Juni — das war schon morgen — fällig war. Und sein Namenszug darunter! Wisse ich denn ein Spul? Die Gedanken um belsten in seinem Kopf — was war das? Welcher Wille konnte gemacht haben — Wie ein Witz durchführte ihn der Gedanke an Edwin's Brief — sein Vater — sollte er — s, nun mir ihm alles klar! Wie erwartet sah er es, und wie aus weiter Ferne schlug des Bankiers etwas eintönige Stimme an sein Ohr. (Fortsetzung folgt.)



im ersten Teil seiner Ausführungen die Zusammenlegung und bisherige Tätigkeit des Ausschusses für die Förderung des Obst-, Wein- und Gartenbaues dar und schilderte so, womit die Landwirtschaftskammer den Aufbau zu fördern sucht.

Aus der Reihe der Anträge und Wünsche wurde angedeutet, Obbau-Vorträge für die Landwirtschaftskammer auch in Magdeburg abzuhalten, vielleicht anlässlich eines dortigen Obstmarktes. Weiter wird die Schaffung eines Obst-Kühlhauses für Halle gewünscht. Dafür sprach auch der Vorsteher des Provinzialobstgartens in Diebitsch, Müller. Ein diesbezüglicher Antrag an die Behörde wurde einstimmig gutgeheißen. Ein weiterer Antrag forderte, daß auf die Tagesordnung der landwirtschaftlichen Kreisversammlung auch obdankende Demata gestellt werden sollen. Auch dazu wurde die Versammlung ihre Zustimmung. An die Verhandlungen schloß sich ein gemeinsames Mittagessen und nachmittags die Besichtigung des Provinzial-Obstgartens in Diebitsch bei Halle.

## Provinz und Umgegend.

† Halle, 17. Mai. Einer gefährlichen Diebesbande hat man jetzt hier das Handwerk gelegt. Die Diebe haben mit beispielloser Frechheit ihre Diebstähle ausgeführt. In einem Falle nahen sie für 4000 Mk. Wäsche, in einem anderen für 2000 Mark Schmuckachen. Zwei der Spitzbuben, namens Musculus und Konrad, sowie die Geliebte des ersteren, sind verhaftet worden; nach weiteren Komplizen wird gefahndet.

† Zeitz, 17. Mai. Bei den Stadtverordneten-Ergebnissen in der 2. Abteilung wurde Rechnungsführer Weiser gewählt. Zwischen Gymnasialprofessor Braack und Mittelschullehrer Schner, die je 70 Stimmen erhielten, findet am 31. Mai Stichwahl statt.

† Wittorf, 18. Mai. Im Verein für städtische Angelegenheiten wurde beschlossen, einen Antrag an die städtischen Behörden zu richten, die Zahl der Stadtverordneten von 24 auf 30 zu erhöhen. Dann wurde der beabsichtigte Verkauf der nahe gelegenen Götische durch den Fortifikations- und die Siemens-Schubert-Werke beiproben. Diese wollen in Niemegeer für ein großes Werk errichten, in dem 3000 bis 4000 Arbeiter beschäftigt werden sollen. Als Verkaufspreis wird die Summe von 8 Millionen Mark genannt. Der Fortifikations soll dem Verkauf nicht ablehnd gegenüberstehen. Es ist eine Petition um Erhaltung des Waldes an den Magistrat eingereicht worden.

† Erfurt, 17. Mai. Die hiesige Polizeiverwaltung ließ in letzter Zeit den Fleischvermeßern die Aufforderung zugehen, binnen einer bestimmten Zeit in ihren Verkaufsläden Glasfässer anbringen zu lassen, in denen die Fleisch und Wurstwaren ausgestellt werden. Die Fleischvermeßer, die nun beschließen, dieser Aufforderung nicht Folge zu leisten und die etwaigen Strafmandate einbringen zu lassen. Polizeibeamte nahmen bereits in den Läden Revisionen vor. Der Fischereiverein für den Regierungsbezirk Erfurt hat im Laufe vergangener Woche 450000 Stück junge Forellen durch den Fischmeister Nagel-Wischleben in zahlreiche Gewässer des Regierungsbezirks setzen lassen.

† Verburg, 17. Mai. Gestern früh fand ein Feldarbeiter auf Verburg für die Leiche eines etwa zwanzigjährigen Menschen, die einen Schutz in die rechte Schläfe aufwies. Neben dem Toten lag ein Revolver. Nach den sofort angestellten Ermittlungen ist der Selbstmörder ein in Köthen auffällig gewesener Techniker namens W. Tapio, vermutlich ein Finnländer.

† Nordhausen, 18. Mai. Die Stadtverordneten bewilligten 49000 Mk. zu einem Erweiterungsbau des Kinderheims und 198000 Mk. zu einem Erweiterungsbau des städtischen Krankenhauses.

† Jena, 18. Mai. Eine freudige Ueberraschung ist dem hiesigen Frauenverein zuteil geworden. Die Frau Großherzogin hatte nämlich auf die Bitte einer der hiesigen Vorstandsdamen verfügt, daß die ersten Photographien, welche von der jungen Prinzessin vor einigen Tagen angefertigt worden sind, dem hiesigen Frauenverein zum Verkauf am Margaretenstag zur Verfügung gestellt wurden.

† Gotha, 17. Mai. Einem Unfall auf der Jagd nach Raubzeug fiel der Lehrer E. Wilhelm von hier zum Opfer. Er befand sich das von ihm gepachtete Jagdrevier bei Uthara, um nach Krähen zu fahnden. Zu diesem Zwecke ging er in ein dort gelegenes Wäldchen. In der Nähe arbeitende Personen hörten bald einen Schuß fallen. Später fand man die Leiche des Lehrers. Vermutlich hatte er mit gespanntem Gewehr in die Luft geschossen und ist über eine Baumwurzel gestolpert, wobei der Schuß sich gelöst hat, der ihm die Brust durchbohrt hatte.

† Leipzig, 18. Mai. Der Leipziger Professor der Nationalökonomie Dr. phil. Guard Biermann hat 50000 Mark zur Förderung volkswirtschaftlicher Studien gestiftet. — In der Pianoforte-Fabrik Julius Klüthner in Leipzig sind gestern früh 450 Arbeiter in den Ausrüstung getreten, weil eine von der Fabrikleitung verfügte Entlassung eines Arbeiters nicht ohne weiteres rückgängig gemacht wurde.

† Dresden, 17. Mai. Das von dem hiesigen Bankhaus Gebrüder Arnhold nach 36stündiger Zahlung endgültig festgestellte finanzielle Ergebnis des Dresdener Margaretenfestes beläuft sich auf 215000 Mark.

## Merseburg und Umgegend.

18. Mai.

\*\* Sein 25-jähriges Jubiläum als Kommunalbeamter feierte am Donnerstag Herr Stadtschreiber Otto Kirchner hier. Während seiner bisherigen Amtszeit war der Jubilar in den verschiedensten Büros unserer Kommunalverwaltung tätig, zuletzt nahezu ein Jahrzehnt als Sekretär der Gewerbe- und Anwalts-Abteilung und im Nebenamt Kassierer der hiesigen gemeindefiskalischen Ortskrankenkasse. Infolge seiner vielseitigen und bewährten Tätigkeit wurde ihm dann am 1. April d. J. das verantwortungsvolle Stadtschreiberamt übertragen. Die pflichtbewußte Treue im Amte sowie sein kollegiales Wesen haben ihm nicht nur die Wertschätzung seiner Vorgesetzten, sondern auch die Achtung der Bürgererschaft und vieler Mitarbeiter eingetragen. Wir schließen den vielen Glückwünschen und Ehrungen — die städtischen Beamten überreichten Herrn Kirchner eine ausgezeichnete Reproduktion des Rathauses in prächtigen Rahmen — die unfrühen an. Möge es dem Jubilar vergönnt sein, in voller Mithatigkeit noch lange Jahre seine Dienste der Stadt widmen zu können.

\*\* Bekleidung eines neuen Staatskommissars für die Handwerkskammer zu Halle a. S. An Stelle des bisherigen Staatskommissars der Handwerkskammer zu Halle, Regierungsrat Dr. Knoblauch-Merseburg, ist vom Regierungspräsidenten v. Gersdorff vom 15. Mai 1911 ab der Regierungsrat Voigtel in Merseburg zum Staatskommissar bestellt worden.

\*\* Verstärkung der Handelskammer. Die Zahl der Mitglieder der Handelskammer zu Halle a. S. ist laut amtlicher Bekanntmachung des Ministers für Handel und Gewerbe auf 39 festgesetzt. Bisher betrug die Zahl ihrer Mitglieder 33, so daß sie sich um 6 erhöht. Diese Erhöhung entfällt auf den Stadtkreis Halle a. S. mit 2 Mitgliedern, den Kreis Merseburg, den Saalkreis, den Kreis Bitterfeld und die beiden Saalkreis-Kreise zusammen mit je einem Mitglied. Gleichzeitig ist die Zahl der Wahlbezirke, die bisher 9 betrug, auf 11 vermehrt. Nach der neuen Ordnung zählt der erste Wahlbezirk (Stadtkreis Halle) 13, der zweite Wahlbezirk (Saalkreis) 2, der dritte Wahlbezirk (Kreis Merseburg) 2, der vierte Wahlbezirk (Kreis Saalkreis, Naumburg und Querfurt) 4, der fünfte Wahlbezirk (Stadt- und Landkreis Weißenfels) 2, der sechste Wahlbezirk (Stadt- und Landkreis Zeitz) 2, der siebente Wahlbezirk (Kreis Bitterfeld) 3, der achte Wahlbezirk (Kreis Delitzsch) 2, der neunte Wahlbezirk (Stadt- und Landkreis Giebißen, Mansfelder Seetreib- und Mansfelder Gebirgskreis einschließlich des Bezirkes der ehemaligen Gerichtskommission Ernleben) 4, der zehnte Wahlbezirk (Kreis Bitterfeld) 2, der elfte Wahlbezirk (Kreis Liebenwerda und Torgau) 3 Mitglieder.

\*\* Am Sitzungstage der Handelskammer zu Halle fand Mittwoch vormittag um 11 Uhr eine Gesamtsitzung der Handelskammer statt. Nach einer Begrüßungsansprache des Präsidenten, Geh. Kommerzienrats Stedener, erfolgte zunächst die Beerdigung und Verpflichtung des Kaufmanns und Getreidehändlers Walter Weitzman in Merseburg als Bücherrevisor. Kommerzienrath Dr. Pfahl berichtete sodann über die Genehmigung des neuen Statuts betreffend die Vernehmung der Mitgliederzahl der Handelskammer von 33 auf 39. Der Kammervorstand schlägt nun der Kammer vor, die durch die Vernehmung der Mitgliederzahl notwendig werdenden Neuwahlen Ende des Jahres zusammen mit den durch Ablauf der Wahlzeit von elf Mitgliedern erforderlich werdenden Ergänzungswahlen und den noch ausstehenden Ersatzwahlen vorzunehmen. Da dann Vorschläge zu treffen ist, daß künftig alle zwei Jahre 13 Mitglieder statt bisher 11 Mitglieder aus der Handelskammer ausscheiden, wird weiter vorgeschlagen, zu bestimmen, daß bei den nächsten Wahlen wieder-gewählte Mitglieder, welche bereits jetzt als solche der Handelskammer angehören, als auf sechs Jahre gewählt gelten, und daß bei den in den Ergänzungswahlen Neuwahlen hinzukommenden zum ersten Male gewählten Mitgliedern nach ihrem Eintritt in die Kammer durch das Los bestimmt wird, ob die erste Wahlzeit sechs, vier oder zwei Jahre beträgt. Diese Vorschläge finden einstimmige Annahme durch die Kammer. Kommerzienrat Förster-Freyburg a. N. berichtet über einen Antrag der Firma Klotz u. Förster in Freyburg a. N., das Reichsschappamt zu ersuchen, beim Bundesrat die Einführung anderer Steuerzeichen für Fruchtshappwein zu beantragen, da die nach § 6 Abs. 1 der Ausführungsbestimmungen zum Schaumwein-Steuergesetz zur Anwendung gelangenden Steuerzeichen sich nicht genügend von den für Traubenshappwein vorgeschriebenen unterscheiden. Kommerzienrat Werther und Präsident Stedener befragten ebenfalls den Antrag, den dann die Kammer einstimmig beim Reichsschappamt einzureichen beschließt. Kommerzienrat Werther berichtet sodann noch über den harmonischen Verlauf des 50-jährigen Jubiläums des deutschen Handels-tages, dem er als Vertreter der Kammer beigewohnt hat.

\*\* Das volkswirtschaftliche Jahns-Werturnen in Freyburg ist dieses Jahr auf den 13. August festgesetzt. Es besteht wieder in Steinjosten, Schlederball, 100-

Meterlauf, Stabhochspringen und Weisprung. Sieger mit 75 bis 84 Punkten erhalten Diplom und Ehrenkranz, solche mit 85 und mehr Punkten außer Ehrenkranz noch eine Photographie. Meldungen sind bis zum 7. August an Stadtschreiber Groß zu richten.

\*\* Der Verein der Saalbesitzer von Halle und Umgegend nahm in seiner Mai-Versammlung zunächst 8 neue Mitglieder auf. Verlesen wurde darauf eine Antwort der Kgl. Oberzoll-Direktion, betr. die inzwischen erfolgte Ermäßigung der Stempelsteuer für Tanzlustbarkeiten in einigen weiteren Polizeibezirken. — Gegen die polizeilich angeordnete Schließung der Konfitturen-Verkaufsstände in halleischen Gartenvirtschäften soll von Vereinswegen Einspruch erhoben werden unter Hinweis auf die heutige, den Wirten günstige Rechtsprechung. Notfalls will der Verein eine höchstinstanzliche Entscheidung herbeiführen. — Bekannt gegeben wurde die schöffengerichtliche Freisprache eines auswärtigen Mitgliedes, der zur Abwehr seiner Verhaftung wegen Nichtanmeldung einer Vereinslustbarkeit vom Saalbesitzer-Verein mit Material versehen war. — Infolge der Beschwerde eines auswärtigen Mitgliedes wurde Aufklärung erbeten, daß in der Provinz Sachsen keine Polizeibehörde befugt ist, die Abhaltung von geschlossenen Vereinslustbarkeiten am ersten Pfingstfeiertage zu untersagen. Die maßgebende Polizeiverordnung des Herrn Oberpräsidenten unserer Provinz über die äußere Festhaltung der Sonn- und Feiertage vom 27. Oktober 1905 verbietet laut § 12 Ziffer 3 an den ersten Tagen der drei hohen Feste nur die Abhaltung „öffentlicher“ Bälle. Zu eigenmächtiger Verhinderung dieser Vorrichtung sind polizeiliche Verbote nichtig. — Bekannt gegeben wurde ein allernuestes Urteil des Reichsgerichts, 3. Zivilsenat, betr. die grundsätzliche Schadenersatzpflicht eines Polizeibeamten für den, dem Saalwirt entgangenen Verdienst, wenn der Beamte infolge eigenen Verschuldens eine Veranlassung zu Unrecht auslöst. — Beschlossen wurde die Veranstaltung einer Kreuzfahrt mit Damen am 15. Juni nach Bad Nauheim. — Der Vorstand berichtete noch über die große Vorstandssitzung des Bundes der Saalbesitzer und über die Annahme der drei vom halleischen Vereine gestellten Anträge.

\*\* Fivoli-Theater. Am Donnerstag den 25. Mai, am Sinfelhauptstage, findet die Eröffnungsvorstellung unseres Sommer-Theaters statt; es ist dies die 8. Saison unter der bewährten Leitung des Direktors Hans Müllers, welcher sich als umsichtiger Theaterdirektor einer großen Beliebtheit in Merseburg erfreut. Zur Aufführung gelangt das Lustspiel „Der Compagnon“ von l'Arconte, ein Stück voll gelundenen frischen Humors mit lebenswahren Charakteren. Am Freitag, 26. Mai, gelangt die Lustspiel-Novität „Notleidende Agrarier“ von Wilhelm v. Borland auf den kritischen Fuß der Uraufführung in Breslau an, neuen Wofar nannte, zur Aufführung. Endlich einmal wieder ein echtes Lustspiel, so lauten die Berichte aller Blätter über diesen Schlager, der sich ansieht, den Siegeslauf durch ganz Deutschland zu machen, denn bei fast allen Bühnen ist der „Notleidende Agrarier“ in Vorbereitung und in kurzer Zeit wird dieses Lustspiel das populärste Stück der vitalen Bühne sein.

v. Schkopau, 17. Mai. Neben der lästigen Hamterplage haben die hiesigen Felber auch unter der Mäuseplage zu leiden. Durch einen milden Winter, sowie durch die langanhaltende Trockenheit konnten sich die lästigen Nager sehr ausbreiten. Den Schaden, den diese Tiere an unsern Getreide- und Feldfrüchten anrichten, haben wir genugsam im Vorjahre erfahren müssen. Darum ist es sehr notwendig, daß der Landmann die Vertilgung dieser tierischen Schädlinge, wozu das zeitige Frühjahr die geeignete Zeit ist, vornimmt. Aber Zweck hat die Mäusebekämpfung nur dann, wenn sich eine ganze Gemeinde oder größere Landbesitze zum gemeinsamen, einheitlichen Handeln zusammenfinden. Geeignete Mittel zur Mäusebekämpfung gibt es sehr viele; nur darf man Mühe und Kosten nicht scheuen.

Sand-Corbecha, 18. Mai. Die diesjährige Kirchenschützen-Nutzung unserer Gemeinde ist meistbietend veräußert worden. Als Meistbietender erhielt Obpächter Wöhme aus Schlettau mit 800 Mark den Zuschlag.

## Mücheln und Umgegend.

18. Mai.

v. Ausröttung der Herbstzeitlese auf Wiesen! Auf vielen Wiesen, besonders auf den feuchten in der Aue, findet man in größerer Menge ein lästiges Unkraut, die Herbstzeitlese. Jetzt ist die rechte Zeit gekommen, um sie auszurotten. Das geschieht am besten einfache Weise durch regelmäßiges Ausziehen der Wälder und Stammpflanzen. Wenn das Ausziehen regelmäßig eine längere Reihe von Jahren durchgeführt wird, so wird sich diese lästige und zugleich auch giftige Unkrautpflanze bald verlieren. Auch auf größeren Flächen kann man auf diese Art die Herbstzeitlese beseitigen. Die Zwiebeln und Sonnenpapeln der Herbstzeitlese werden von den



Apothekern gern gekauft und zur Herstellung von Goldschin verwendet.

\* Von den Bahnhofsuhren. Mit Beginn der langsamsten Reisezeit, in der man auch mit Minuten rechnet, kann man des Öfteren auf den Bahnhöfen die Beobachtung machen, daß die Uhrzeit der Bahnhofsuhren untereinander vielfach von der mitteleuropäischen Zeit abweicht, beziehungsweise nicht mit jener genau übereinstimmt. Man kann diese Abweichungen, die bisweilen einige Minuten ausmachen, nicht nur von einem Bahnhof zum benachbarten Bahnhof beobachten, sondern auch beim Reisen von einer Hauptverkehrslinie zur anderen. Der unterschiedliche Gang ist da augenfälliger. Zumeilen findet man diese Uhrendifferenzen auf einem Bahnhof selbst vor: die äußeren Uhren nach der Stadtseite bezogen an den Empfangsgebäuden stimmen nicht mit den auf den Bahnhöfen befindlichen überein. Selbst die Uhren an den Reichspostgebäuden zeigen vielfach gegen die auf den Bahnhöfen Unterschiede, die in unserem Verkehrsleben nicht vorkommen sollten. Alle Uhren der Post und Eisenbahn werden jeden Tag zu einer bestimmten Zeit nach einem Uhrsignal auf elektrischen oder mechanischen Wege gerichtet. Abweichungen lassen sich dabei feststellen und der unrichtige Gang dieser öffentlichen Uhren, die ein für allemal verlässliche Zeit anzeigen sollen, einregulieren. Gehen die Uhren nicht mehr genau, dann müssen sie durch neue ersetzt werden. Durch einen unrichtigen Gang dieser Uhren können für viele Fahrgäste unliebsame Vorkommnisse entstehen, die zu Zug- und Anschlußveräumnissen führen können, ganz abgesehen davon, daß die Uhren einen genauen Gang besitzen müssen, denn sie sind nach der Eisenbahnbetriebsordnung auch für den Abgang der Züge maßgebend.

\* Die Kriegervereinsgruppe Mücheln-Schlacht Mörbisch hält am kommenden Sonntag im Gasthof zu Schorkau eine Gruppenversammlung ab, zu der die angeschlossenen Vereine sowie Freunde und Gönner der Kriegervereinsfrage freundlichst eingeladen werden. Eine Vorstandsitzung soll der allgemeinen Versammlung vorausgehen.

\* Die gefährliche Stubenfliege. Der Kampf gegen die Fliegen ist leicht auf der ganzen Erde entbrannt, seitdem von der Wissenschaft die große Gefahr dieser Ungeziefer festgestellt ist. Nimmt man doch an, daß dieses scheinbar harmlose Insekt der Verbreiter fast aller Krankheitsstoffe ist. Es ist noch gar nicht lange her, daß man die Stubenfliege für ganz ungefährlich hielt. Wir erinnern uns noch, daß unsere Eltern es sogar für richtig hielten, die Stubenfliegen im Winter nicht ganz aussterben zu lassen, eine und die andere gemächlich über Winter durchzuführen. — Harmlose Leute, harmlose Zeiten! Jetzt stellt man, wie das Einsichtige schon immer tat, den Fliegenempehl mit allen nur erdenklichen Mitteln nach. Ein vorzügliches Mittel, das die Fliegen des Fliegenungeziefers in unsere Wohnungen mitbringen zu verhindern, sind Gaseifenfenster. Man beobachtet nur, wie sich schon durch die geöffneten Fenster die Fliegen ein- und ausziehen, wie sie dagegen, an den Gaseifenfenstern stehend, vergebens sich bemühen, den Eintritt zu gewinnen. Freilich ganz fliegenfrei sind die Wohnungen, auch wenn kein Fenster geöffnet wird, ohne daß sofort der Gaserahmen eingewickelt wird, doch nicht zu halten. Aber wenn man die Fenster öfter mit Petroleum abreibt, wenn niemals ein Fenster ungehindert offen steht, wenn man die Korridortüre geschlossen hält, dann wird man nur wenig von Fliegen zu leiden haben. Und dieser wenigen kann man bald Herr werden. Nichts ist angenehmer und gesünder als eine fliegenfreie Wohnung.

§ Schlicht, 18. Mai. Der hiesige Turnverein „Gut Heil“ feiert am nächsten Sonntag sein Sommerfest, verbunden mit Preisstufen. Die Brudervereine der umliegenden Dörfer haben ihre Beteiligung zugesagt. Nach einem Umzug durchs Dorf findet von 4 bis 6 Uhr das Preisturnen, von 6 bis 7 Uhr das Schachturnen und volkstümliches Turnen statt. Abends ist Ball im Gemeindefestsaal.

§ Größt, 16. Mai. Vom Windmühlenflügel erfaßt. Als am letzten Donnerstag die Tochter des Rittergutspächters Daub ihren Vater, der in der Mühle beschäftigt war, zum Mittagessen rufen wollte, erfaßte die Windmühlenflügel das bedauernswerte Kind und rissen es mit herum. Schwer verletzt wurde die Kleine nach Halle gebracht.

§ Feuer, 18. Mai. Seit vergangener Sonnabend wird der Hofgehofen, das in der Wobdererei am Rensdorfer Wege wohnhafte Handelsmann Friedrich Wachsmuth, der Schulfnabe Fritz Wachsmuth, vermisst. — Ernannt zu Postassistenten sind die Postgehilfen Karl Höbner in Hebra und Dittmann in Naucha.

### Wetterwarte.

W. B. am 19. Mai: Westwind bewölkt, zeitweise aufheiternd, mäßige Wärme, Regenflauer, teilweise Gewitter. — 20. Mai: Zeitweise heiter, meist wolfig, Temperatur-Änderung gering, bisweilen Regen, stellenweise Gewitter.

### Luftschiffahrt.

#### Ein Unfall des „B. 2“ in Witterfeld.

Das Parival-Luftschiff „B. 2“ ist am Mittwoch in Witterfeld von einem ähnlichen Unfall betroffen worden, wie es der Vorgang am Dienstag in Düsselhof bei Sappeln-Luftschiff „Deutschland“ verzeichnete. Nur, daß der „B. 2“ dank seines unarteten Systems nicht so hart unter dem Unfall zu leiden hatte. Es wird uns berichtet:

Witterfeld, 17. Mai. Das Passagierluftschiff „B. 2“, welches sich augenblicklich zur Vorbereitung einer Abfahrt in Witterfeld befindet, machte heute nachmittags 6 Uhr 30 Min. seine erste Probefahrt nach der Montage. Als das Luftschiff nach einer Viertelstunde zur Landung herunterging, stieß es mit dem Vorderteil gegen die Halle, erhielt einen Riß und fiel herunter, der Sturz wurde dadurch gemildert, daß es weich auffiel. Zwei von den sechs Passagieren erlitten leichte Verletzungen. In der Gondel erkrankte ein junger Mann an dem Gas durch den Riß plötzlich entweichen war, zusammenfiel und auf die Erde hinunterfiel.

Wenn der „B. 2“ durch diesen bedauerlichen Unfall nicht gleichfalls, wie die „Deutschland“, völlig vernichtet wurde, so ist das lediglich seinem unarteten System zu danken. Und hier wurde die Hülle des Luftschiffes durch den Anprall an die Halle zerrissen, und ein Luftschiff harten Systems wäre zweifellos gesplittert und völlig zerstört worden. Beim „B. 2“ hatte der Unfall keine weiteren Folgen, als daß das Luftschiff nach dem Gas durch den Riß plötzlich entweichen war, zusammenfiel und auf die Erde hinunterfiel.

Berlin, 18. Mai. Der erste Meldebericht für den deutschen Rundflug 1911 vom B. 3-Breis der Luft, der am 1. Juli im Hinblick auf das nationale Flugwesen in Berlin im Hinblick auf den deutschen Luftverkehr, ist außerordentlich zufriedenstellend ausgefallen. Obwohl die Ausbreitung erst verhältnismäßig spät veröffentlicht werden konnte, haben sich doch sofort 13 Flieger einschreiben lassen, darunter eine große Zahl unserer erfolgreichsten Piloten. Eine Anzahl weiterer Meldungen mußte vorläufig zurückgestellt werden, da die betreffenden Flieger noch nicht im Besitz des Pilotenzeugnisses sind. — Eine weitere Reihe bekannter deutscher Flugzeugführer hat außerdem ihre Teilnahme an dem großen deutschen Flug in Aussicht gestellt, sodas der zweite Meldebericht am 25. Mai noch eine beträchtliche Erhöhung der Teilnehmerzahl bringen wird.

### Literatur, Kunst und Wissenschaft.

Vorposten des Deutschtums in Amerika. Seit drei Jahrhunderten haben deutsche Arbeitskraft und deutsche Intelligenz den „jungfräulichen“ Boden Amerikas erobern helfen, seit drei Jahrhunderten haben deutsche Untertanen, deutsche Bewohnerschaften, deutsche Siedler und Emigranten dort einen guten Fuß gefaßt. Und heute hat es keine Zeit mehr, bevor das Deutschtum in Amerika seinen verdienten Namen eingetragt und ihm auch äußerlich und offiziell die Stellung eingeräumt wurde, die es in jedes Einsichtige Meinung einnahm. Der gewaltige Aufschwung Deutschlands mußte erst kommen, die Großmachtstellung des einst gesplitterten und zerfallenen Reiches, das heute die Weltmacht ist, in Deutschland anerkannt und nach Gebühr gewürdigt wurde. Heute ist das Deutschtum in Amerika mächtig erkräftet, und es ist sehr lehrreich und erhebbend zugleich, rückzuschauen auf den langen und mühseligen Weg, den das Deutschtum in Amerika gegangen ist. Rudolf Cronau, der genaue Kenner geographisch-amerikanischen Lebens, gibt unter dem Titel: „Vorposten des Deutschtums in Amerika“ in Nr. 17 der „Gartenlaube“ solchen Rückblick, der reich an interessanten Details und vom großen Gesichtspunkt aus behandelt ist.

### Vermischtes.

\* Unwetter in der Champagne. Durch ein über Nordostfrankreich niedergegangenes Unwetter ist die Champagne in der Champagne völlig vernichtet worden.

\* Mit Schulfinger durch ein Sprengstück verletzt. In Orzeog bei Deuthen brachte ein zehnjähriger Schüler ein Sprengstück mit in die Schule, wo es als Spielzeug benutzt wurde. Es explodierte und verletzte acht Kinder, und zwar trugen fünf leichtere und drei schwere Verletzungen davon.

\* (Großfeuer in Esmenünde). Das Hotel „Zum Luftschiff“ in der Lindenstraße, das Geburtsbaus Esmenbergs, ist einer Feuersbrunst zum Opfer gefallen. Das angrenzende königliche Fortifikationsgebäude erlitt ebenfalls Brandbeschädigungen.

\* Ein orkanartiger Sturm mit Wolkenbruch richtete in Dorstow große Verwüstungen an. Die Stadt ist überflutet. Das Wasser ist in die Häuser und Kaufhäuser eingedrungen. Die Wohnhäuser und Rohlschächte sind beschädigt, viele Wohnräume sind mit ihren Einrichtungen weggeschwemmt. Durch

Flußschlag gerieten sieben wenig ergiebige Rohlschächte in Brand.

\* Tödtlicher Grubenunfall. In Schacht I der dem Bergstus gehörenden Mollerische Grube bei Gladbeck fand Dienstag nachmittag durch herabfallendes Gestein drei Arbeiter tödlich verunglückt.

\* (Von der Cholera.) In Smyrna sind in der Zeit vom 20. April bis 14. Mai neun Cholerafälle vorgekommen, von denen sieben tödlich verliefen.

\* Verhaftung eines Zügelndiebes. Die Polizei in Antwerpen verhaftete Dienstag einen Deutschen namens Deunberg, der für 150 000 Mark Bijouteriewaren in Bremen gestohlen haben soll.

\* (Massenerkrankung von Soldaten.) Im Infanterieregiment Nr. 19 in Görlitz sind etwa 150 Mann erkrankt. Es handelt sich vermutlich um Fleis- oder Viehvergiftung.

### Neueste Nachrichten.

Lüttinghausen, 18. Mai. In der Nähe von Wittenrade babeten gestern ein Lehrer mit seinen Schülern in einem Teiche. Trotzdem der Lehrer auf eine gefährliche Untiefe in dem Gewässer aufmerksam gemacht worden war, gerieten der 56jährige Mann und mehrere Schüler in die tiefe Stelle. Sieben Schüler und der Lehrer ertranken bei den gegenseitigen Rettungsversuchen; nur drei Schüler konnten gerettet werden.

Leipzig, 18. Mai. Der Akademische Senat der hiesigen Universität beschloß heute, der Leipziger Freien Studentenschaft aufzugeben, daß sie sich unbedingt auflösen und das in der Universität umgebende Zimmer innerhalb acht Tagen zu räumen habe. Als Grund wurde angegeben, daß die Freie Studentenschaft dem Beschluß, eine Liste sämtlicher Studenten dem Senat zu unterbreiten, nicht Folge geleistet hat.

Berlin, 18. Mai. Die Mehrzahl der Bäckereisinnungen Großberlins lehnte gestern den Schiedspruch des Einigungsamtes ab, so daß ein Lohnkampf im Bäckergewerbe unvermeidlich erscheint.

Los Angeles, 18. Mai. Der Flieger Carl Lee ist getötet worden und war sofort tot.

New-York, 18. Mai. Nach einem Telegramm der „Associated Press“ aus der Stadt Mexiko ist Präsident Diaz bereit, vor Ende des Monats abzutreten.

### Reklameteil.



Eltern und Vormünder werden darauf aufmerksam gemacht, daß die unter Leitung erfahrener Hausmütter stehende Söhne des Vereins „Jugend-Club“ E. B. (Berlin Straalenstr. 52, Deutfr. 14) und Neuzelle i. M. (Alkoholr. Walderholungsheim) jungen Mädchen und im Erwerbsleben stehenden Frauen billige, gute Pensionen gewähren. In den Haushaltungsstellen der 3. Reihe findet sich vorzüglichste, billige Gelegenheit für junge Mädchen zu hauswirtschaftlicher Ausbildung und Erlernung vorläufiger Wirtschaftsführung. Kurse für Schneider, Wäschen, Ausbessern und Nähen. Eine Neueinrichtung im Neuzeller Heim sind 4-6 wöchentliche Kurse für feine Küche bei monatlich gewählter Lehrerin, und den bereits im Köchen Geübten billige Gelegenheit zu bieten, sich in ihrer Fertigkeit weiter vervollkommen und gleichzeitig in guter Luft erholen zu können. In dem herrlich gelegenen Walderholungsheim Neuzelle (Centralheizung, Warmwasserheizung, neue Bäder, Kioskanlagen, elektr. Licht) ist billige Pension für erholungsbedürftige Mädchen und Frauen. Dilem Heim ist eine unter Leitung eines bedehnten Fachmannes stehende Dicht- und Gartenbau-Schule für Mädchen und Frauen angelegt. Meldungen und Prospekte im Bureau Berlin W. 62, Kurfürst-Str. 114 (Tel. VII. 18802, Sprechstunden 3 1/2 bis 4 1/2 Uhr) und in den Heimen.

Anzeigen für Mülcheln und Umgegend.

Rednungs-Formulare

in 1/4, 1/2 und 1/3 Bogen hält stets vorräthig Buchdruckerei Th. Köhner, Merseburg.

### Sprechtag.

Sonnabend den 20. Mai 1911 bis ich von vorm. 10 Uhr ab

in Mülcheln

(Restaurant „Gute Quelle“)

zu sprechen. Goedecke, Rechtsanwalt u. Königl. Notar in Freyburg a. U.

275 000 Mark

auszuleihen, auch kleinere Beträge werden ausbezahlt. Karl Fleck, Kaufm. in Querfurt, Gr. Schloßstr. 4.

Wer verkauft sein Haus

evtl. mit gutem Geschäft, od. sonst. günst. Objekt? Off. u. v. Verleger u. L. V. 7319 an Rudolf Mosse, Halle S.

### Gewandte Damen und Herren

zur Gewinnung neuer Abonnenten auf sehr beliebte Familienwochenblätter gegen festes Tagelohn und hohe Provision für Halle, evtl. auch nach anderen Plätzen gesucht. Fahrtkosten werden ebenfalls vergütet. Es wird nur auf tüchtige Kräfte erhaltener und erblühter Witwen unter D 762 an Daube & Co., Halle a. S., Große Steinstraße 11.

Prima Roggenmehl

beliebte Fabrikate aus alten Schälfröhen vortreffliche billige Abgaben. Nachfrüher wollen gefl. Angebote unter Z 52720 bei Paalenstein & Bogler A.-G., Magdeburg, einreichen.

### Röchin

für Küche und Saal bei hohem Lohn per sofort gesucht Clara Gottschall, Weisenfels, Mühlentstraße 2.







Zweite Beilage.

Deutschland.

(Mit der Landarbeiterfrage), die ja gerade jetzt angesichts der Schaffung der höchst mangelhaften Landkrankeassen in der Reichsversicherungsordnung ein besonderes Interesse beansprucht, beschäftigte sich bekanntlich der Delegiertentag der fortschrittlichen Volkspartei, der vor kurzem in Stettin für die Provinz Pommern stattfand. Eine Kommission soll ein liberales Landarbeiterprogramm ausarbeiten, und diesem sollen etwa folgende Punkte zugrunde gelegt werden: 1. Hebung der rechtlichen Stellung; Beseitigung des veralteten Gefänderechts und zeitgemäßer Ersatz auf reichsgesetzlicher Grundlage; Aufhebung des Koalitionsverbots, Gleichstellung mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung des Dreiflassenwahlrechts. 2. Hebung der wirtschaftlichen Lage; weitestgehende innere Kolonisation; allmählicher Abbau des Schutzgollsystems auf industriellem wie landwirtschaftlichem Gebiete; Stellungnahme zur Schmittfrage; Einführung des Fortbildungsschulwesens auch für Landarbeiter. 3. Hebung der sozialen Lage. Ausdehnung der Krankenversicherung auf Landarbeiter und Gefinde unter gleichen Bedingungen wie für die gewerblichen Arbeiter (wenn die Reichsversicherungsordnung zustande kommt mit ihren Ausnahmestimmungen gegenüber den ländlichen Arbeitern, so könnte demgemäß in das liberale Landarbeiterprogramm sofort eine Bestimmung aufgenommen werden, die eine Revision der Reichsversicherungsordnung nach dieser Richtung hin anstrebt); Volksbildungsweisen und Volksbibliotheken; Verwertung auch von Landarbeitern zu Schiffen und Geschworenen und gleichzeitiger gesetzlicher Einführung von Tage- und Heilgeldern. — Die Schaffung einer Reichsaufsichtsstelle und Rechtsberatung für liberal organisierte Landarbeiter wurde gleichzeitig auf dem Parteitage angeregt. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die besondere Pflege der Landarbeiterfrage für den Liberalismus auf dem Lande von erheblicher Bedeutung sein würde. Die Forderung für diese bisher von der Geheigezeit arg vernachlässigte Klasse der Bevölkerung liegt durchaus im Rahmen liberaler Bestrebungen.

(Politische Versammlungen und Polizeizeitunde). Die Frage, ob politische Versammlungen in einem öffentlichen Lokal mit Eintritt der Polizeizeitunde, die für dieses Lokal festgesetzt ist, abgebrochen werden müssen, ist für die Vorbereitung der Reichstagswahlen von größter Bedeutung, um so mehr, als auf dem Lande und in kleineren Städten schon jetzt vielfach auf diesem Umwege liberalen Versammlungen vorzeitig ein gewaltsames Ende bereitet wird. Prof. Dr. Stier-Somlo in Bonn vertritt in der „Dtsch. Juristenztg.“ den Standpunkt, daß Polizeizeitunde und politische Versammlungen voneinander getrennt bleiben müssen. Die Festsetzung der Polizeizeitunde ist, so führt Prof. Stier aus, das Recht der Ordnungspolizei, das gegenüber politischen Versammlungen ausgeschlossen ist. Nach § 1 Abs. 2 des Reichsvereinsgesetzes können nämlich nur die allgemeinen Sicherheitspolizeibestimmungen des Landesrechts Anwendung finden, und zwar auch nur soweit, als es sich um die Verhütung unmittelbarer Gefahr für Leben und Gesundheit handelt. Wenn auch nach früherem preussischen Recht für öffentliche Versammlungen in Schanklokalen das Recht der Begrenzung durch die Polizeizeitunde galt, so hat das Reichsvereinsgesetz hier eben neue Bahn geschaffen.

Volkswirtschaftliches.

(Der deutsch-schwedische Handelsvertrag wird, wie eine offiziöse Korrespondenz annimmt, noch im Laufe dieser Woche an den Reichstag gelangen. Derselbe Korrespondenz sucht Stimmung dafür zu machen, den Vertrag noch vor Pfingsten zu erledigen. In Schweden hat die Reichstagskommission ihren Bericht erstattet, in welchem es heißt, die schwedischen Angehörigen seien bedeutend. Es sei offenbar, daß sie geeignet seien, in der Hauptfache Deutschland die Verbefestigung des schwedischen Marktes zu garantieren, wofür sie auch vollkommen die Opfer aufwiegen, die von deutscher Seite für die Verrechtlichung angeforderten Handelsverträge zwischen beiden Vertragsmächten gebracht worden seien. Außerdem sei auch für Schweden die Erhaltung ungeförter Handelsbeziehungen von so wichtigem Interesse, daß mit Rücksicht darauf von dem Limbände abgelehnt werden könne, daß berechtigte schwedische Forderungen in dem neuen Vertrag nicht in voller Ausdehnung beachtet worden seien. Die Kommission hat dem Reichstag die Genehmigung des neuen Vertrages.

(Das Ende des deutsch-amerikanischen Kalifreits. Zwischen dem Kalifornien- und läntlichen in Hamburg vertretenen amerikanischen Kalifreits. Zwischen dem Kalifornien- und läntlichen in Hamburg vertretenen amerikanischen Kalifreits. Zwischen dem Kalifornien- und läntlichen in Hamburg vertretenen amerikanischen Kalifreits.

(Über die Lage des Tabakgewerbes spricht sich der Jahresbericht der Handelkammer zu Würzburg in einer für die Reichsfinanzreformtätigkeit sehr unerschütterlichen Weise aus. Es wird ein erheblicher Rückgang des Konsums von Rauch- und Schmucktabak konstatiert und dieser auf die Verteuerung durch die Finanzreform zurückgeführt. Insbesondere wird die Einführung des Zertifikatensystems einer scharfen sachlichen Kritik unterworfen. Zahlungseinstellungen von Zigarrenfabrikanten sind sehr häufig gewesen, eine Reihe kleinerer Fabrikanten haben die Fabrikation aufgegeben. Nationale Wirtschaftspolitik! Mit Bezugnahme auf die Mühseligkeit der Bahnunterhaltungsarbeiter hat nach der Nord. Allg. Ztg. Minister v. Breitenbach an die königlichen Eisenbahndirektionen folgenden Erlaß gerichtet: Es ist bei mir zur Sprache gebracht worden, daß die Bahnunterhaltungsarbeiter nach vollendetem (spät abends oder nachts) endendem Ablösdienst im Betriebe oder bei der Heimkehr während der Fahrt ungenügende Ruhe erhalten, da sie an anderen Tagen bereits wieder zur hülftigen Zeit zur Arbeit antreten. Die Dienstverordnungen bestimmen zwar nicht ausdrücklich, welche Ruhezeit in Fällen dieser Art zu gewähren sei. Es liegt aber in ihrer Absicht, daß den Arbeitern auch beim Eintritt aus dem Ablösdienst in die Rente stets eine ausreichende Ruhe gewährt werde, die im nötigen Verhältnis zur Dauer und Schwere der vorangegangenen und folgenden Dienstverrichtungen stehen muß. Eine Lohnneubestimmung darf für die Ablöser nicht entfallen.

Gerichtsverhandlungen.

(Zum Fall Kmilecki. Durch das Urteil des Reichsgerichts vom Sonnabend ist der unter dem Namen Graf Josef Kmilecki beim Standesamt eingetragene Knabe endgültig als Graf anerkannt. In der Begründung des Urteils heißt es, die uneheliche Mutter sei zwar an sich kein gesetzlich anerkannter Erbschaftsbesitzer, aber ein solcher Anspruch sei unter anderem gegen die Eltern, der sich mit Berufung auf das Standesamtsregister als Vater dem Kinde gegenüber ausweist. Der Senat hat somit den Einwand des Justizrates Wsch in Polen für beachtlich befunden, der darin ging, daß die Klage auf Herausgabe des Kindes überhaupt unzulässig sei, solange noch keine Verichtigung der handschriftlichen Erklärung über die Geburt des Josef Kmilecki erfolgt sei.

(Petersburg, 15. Mai. Vor dem heiligen Bezirksgericht nahm heute der Prozeß gegen Wonsjarjarsky, den ehemaligen Stallmeister des Zarenthums, und seinen Wivesohn, den Gardehauptmann Dmitry Wonsjarjarsky, wegen Fälschung des Dekretes des verstorbenen kaiserlichen Millionärs Fürsten Gignsky seinen Anfang. Als ihre Helfershelfer sitzen auf der Anklagebank der Gelmann Lugolenski, die Rechtsanwältin Kabanjnikowa und Welenzky, Warrer Dombrowski, Gelmann Michailowitsch, Mittelmeister Nischenki, Konfistorialsekretär Tranenowski usw. Die Wonsjarjarskys haben jedoch ihre Verteidiger aufgegeben, darunter die bekannten juristischen Anwälte Gignsky und Kasarinow. Aufhabezimmer wie Korridore sind von Aristokraten überfüllt. Die Witwe des Fürsten Gignsky ist von ihren Vätern aus Galizien hergezogen, ebenso die nächsten Erben Graf Galusky und Graf Tschelkewitsch. Unter den Zeugen befinden sich der ehemalige Petersburger Stadthauptmann General Plechelski und der russisch-katholische Priesterprokurator Mitiuchinski. Beide wünschen zu Hause verurteilt zu werden, was ihnen auch gestattet worden ist. Der Prozeß wird mehrere Wochen andauern.

(Sonntags-Ausflügler und Eisenbahnüberfüllung. Zu diesem heissen Thema hat das Schöffengericht in Breslau ein bemerkenswertes Urteil gefällt. Der Träger einer Mittelfahrkarte zweiter Klasse nahm, als diese für den Freitag in Breslau nicht mehr eingeschlossen in einem Wagen erster Klasse Platz. Der revidierende Schaffner erstattete Anzeige und die Eisenbahnbetriebsdirektion stellte Strafantrag wegen versuchten Betruges. Das Schöffengericht kam in diesem zu einem freisprechenden Urteil mit der Begründung, daß bei dem großen Andrang der Sonntagsausflügler die bestehenden Vorschriften nicht immer genau beachtet werden können. Der Angeklagte habe sich zweifellos für berechtigt halten können, in eine höhere Wagenklasse einzusteigen. — Trotz dieses Urteils möchten wir nicht empfehlen, eine Probe aufs Exempel zu machen.

Vermischtes.

(Der Tunnel der Mittenwalder Bahn fertigt sich. In der Nacht zum Sonntag, 14. Mai, erfolgte der Durchschlag des 1805 Meter langen Martinswandtunnels der Mittenwalder Bahn. Der Tunnel wurde am 10. März des vorigen Jahres von der Ost- und Westseite gleichzeitig in Angriff genommen. Es waren daran ungefähr 900 Arbeiter beschäftigt.

(Ein russischer Hauptmann erschossen.) Auf dem Grenzplatz bei Petersburg wurde der die Übungen leitende Hauptmann hinterläßt erschossen. Der Mörder, ein Gefreiter des Infanterieregiments Bern, warf das Gewehr von sich und lief in den nahegelegenen Wald. Dort wurde er von Soldaten aufgefunden und verhaftet.

(Militär- und Luftschiffahrt.) Dem schlesischen Verein für Luftschiffahrt ist von der Kommandantur mitgeteilt worden, daß infolge kriegsministeriellen Befehls die Bestellung von Mannschaften zum Balzen von Wallons und zum Abperren von Flugplätzen ein für allemal nicht mehr erfolgen darf.

(Die größte elektrische Kraftstation der Welt. Die Kraftfabrik Benart Celemarken-Flawoggen hat die Kraftstation, die 15000 Pferdestärken hervorbringt, eröffnet. Die Kraft, die von einem anderen Werk übertritten wird, ist dem Aufan-

flus entnommen, dessen Stromschnellen durch Umwandlung in einen Wasserfall die enorme Energie liefern. Der Fluß, der früher in reichem dahinströmendem Gefälle zu Tal ging, fällt jetzt gradlinig vom Felsplateau ab. Eine Vorprobe auf die Leistungsfähigkeit des Werkes und der Maschine ist zu voller Zufriedenheit verlaufen.

(Gehaltsbesetzungen in Gismunden.) Befehdend aus Land und Seeschloß Orst, will der österreichische Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand ankaufen. Der Erzherzog beabsichtigt, die Schlösser umbauen zu lassen, um sie später ständig als Sommeraufenthalt zu benutzen.

(Verhaftung eines falschen Meferendar.) Auf dem Kriminalgericht in Moabit bei Berlin erschien in jüngerer Zeit wiederholt ein vornehm gekleideter junger Mann, der sich den Richtern und den Beamten der Staatsanwaltschaft als „Meferendar Blanc“ vorstellte und sich auch den Verteidigern bekannt machte. Er folgte mit großem Eifer den Verhandlungen, und jedermann glaubte, daß es der Substitutenten Beobachtungen und Erfahrungen sammeln wolle. Unter dessen verstand es der „nette junge Mann“, mehrere namhafte Verteidiger und auch einige Professoren und Meferendare nach Erträgen richtiger Geschichten um größere und kleinere Beträge zu beschwindeln. Den Verteidigern gegenüber gab er sich als den Sohn eines bedeutenden Reichkammergelehrten auswärtigen Juristenfamilie, der bereits längere Zeit auf der schiefen Ebene marchiert und schon mehrfach bestraft ist. Am Sonntag wurde der Schwindler ermittelt und verhaftet. — Weiter wird hierzu noch aus Berlin gemeldet: Der Schwindler Arno Blanc hatte sich nach Verübung der Verbrechen im Bericht neu eingefleischt und dann bei einem Konfessionsgespräch, das viele Beziehungen nach der Provinz unterhält, um den — Kosten eines Meferendar — hervorzuheben. Dienen erhielt er auch, weil er mit seinem fiktiven und gepundeten Auftreten den besten Eindruck machte. Bald ließ aus der Provinz ein Auftrag nach dem andern ein. Das Geschäft glaubte, einen sehr tüchtigen Meferendar gefunden zu haben, und sandte Blanc die Provisionen und die bestellten Waren an die von ihm angegebenen Adressen. Blanc kehrte aber nicht wie die Provisionen ein, sondern lombardierte auch die Waren. Alle seine Aufträge erwiesen sich als gefälscht. Als er am vergangenen Sonnabend nach Berlin zurückkehrte, wurde bei seiner Ankunft von Kriminalbeamten in Empfang genommen. Er hat das Geschäft um mehr als 3000 Mk. gefälscht.

(Ein bemerkenswertes Fest) fand Sonntagabend in Neuhorn im Hause des Herrn Paul Carnegie statt. Im Namen des Deutsch-Amerikanertertums, soweit es in den deutsch-amerikanischen Vereinen zum Ausdruck kommt, wurde Herr Carnegie durch eine würdige Betretung des amerikanischen Deutschtums eine Dankadresse für seinen in Deutschland gestifteten Geldfonds überreicht.

Getreide- und Produktenverkehr.

Berlin, 17. Mai.  
Weizen lof. int. 205,00—206,00 Mk.  
Roggen lof. int. 167,00—167,50 Mk.  
Gerste feinst 187,00—195,00 Mk., do. mittel 188,00 bis 189,00 Mk.  
Weizenmehl Nr. 0 brutto 25,25—27,50 Mk.  
Roggenmehl Nr. 0 und 1 24,80 — — Mk.  
Gerste int. leidet 159,00—168,00 Mk., do. schwer frei Wagen und ab Bahn 169,00—188,00 Mk., do. russische frei Wagen leichte 142,00—150,00 Mk.  
Weizenkleie grob netto egl. Sack ab Mühle 10,25 bis 11,25 Mk., do. feinst egl. Sack ab Mühle 10,25 bis 11,75 Mk.  
Roggenkleie netto ab Mühle egl. Sack 10,75 bis 11,75 Mk.

Reklameteil.



Herrenwäsche für Civil und Militär.

Herren- und Uniform-Hemden.  
Unterzeuge aus Baumwolle, Maco, Halbwohle, Wolle.  
Oberhemden, weiss und farbig. ::  
Kragen, Manschetten, Taschentücher, Hosenträger, Herrensocken.  
Grosses Lager — Massanfertigung, Sachkundig, reellste Bedienung.  
:: Neuheiten in Krawatten. ::

Adolf Schäfer, MERSEBURGER ENTENPLAN 7. Fernruf 259. Wäsche-Geschäft.



## Nirchen-Verpachtung.

Der Nirchenanhang an den Bäumen der Chaussee Leiszig-Dürrenberg, Station 6,8 bis 7,6 bei Dürrenberg und der Bühener Sollstraße, Station 6,2 bis 7,580 bei Schladebach, soll

Freitag den 26. Mai, früh 11 Uhr,

im Gasthof zum Kronprinz zu Forst bei Dürrenberg,

öffentlich an den Meistbietenden verpachtet werden. Bedingungen werden im Termin bekannt gemacht.

Weißfels, den 17. Mai 1911.

Der Vorstand des Landes-Bauamtes, Weber.

## Öffentliche Sitzung der Stadtverord. - Versammlung

Montag den 22. Mai 1911, abends 6 Uhr.

Tagesordnung:

1. Entlastung der Rechnung des Bürgerrettungs-Instituts für 1909.
2. Annahme einer Schenkung von Mk. 3000 und Genehmigung des damit in Verbindung stehenden Ankaufes der Grundstücke Gasseide Str. 19 und 20 seitens des Magistrats für Mk. 49500.
3. Verkauf eines Stückes der alten Stadtmauer am Grundstück Hirtenstr. 2.
4. Ansichtung dreier Klassenräume in der höh. Mädchenschule mit Gaslicht.

Geheime Sitzung.

Personalien.

Merseburg, 16. Mai 1911.

Der Stadtverordneten-Vorsitzer, Grempler.

**Werde zum Schlachten** kauft jederzeit und zahlt höchste Preise

R. Thurn, Halle a. S.,  
Zuh.: Johannes Thurn,  
Glauchauerstr. 79. Telefon 518.



Ein großer Transport erittlaff, junger hochtrag. Färken u. Rühr, neumilch. Rühr m. Rälbern sowie prima Zuchtbulen, ist bei mir eingetroffen.  
**L. Nürnberger,**  
Merseburg. Tel. 28.

## Was soll der Junge werden?

Stets wird ihm ein leichtes, bruchsicheres Rad gute Dienste tun. Ein solches Rad ist das



**Diamant-Fahrrad**

Besichtigen Sie die neuen Modelle bei:

**Gustav Schwendler, Kartstraße.**

## Salamander - Stiefel.

Große Auswahl

in schwarz und braun. Niemand hat mehr nötig, nach anderen Städten zu fahren.

Jede Reparatur

an Salamander - Stiefel wird gut ausgeführt bei

**R. Schmidt, Markt Nr. 12.**

6-7000 Mk. sind zum 1. Juli zu verleihen. Näheres bei **Gustav Weisgel, Schmale Str. 10.**

## Stellmacherei

in lebh. Industriestadt, mit schön. Grundstück und Garten, flott. Geschäft, mit guter zahlungsfähiger Kundschaft, ist sehr preiswert zu verkaufen, ev. sofort zu übernehmen. Werkstätten erhalten nähere Auskunft unter **P. Z.** in der Exped. d. Bl.

## Prima Speise- und Salat-Kartoffeln

hat abzugeben in belieb. Mengen **Chr. Bohm, Friedrichstr. 30.** Lager: Weißenseiler Straße 13, Scheune Herturt.

Neue Sommer-Maita-Kartoffeln, neue Matjes-Heringe, ff. Pfeffergurken, Senfgurken, Preiselbeeren, ff. Pflaumenmus empfiehlt

**Carl Rauch.**

## Jeder Schaden wird vergütet! Bitte beachten Sie meine Spezial-Ausstellung.



Dies ist die Schutzmarke der vorzüglichsten Schutz-Blätter zum Anziehen.

**Kleinert's Barnard-Blatt** hochgeschmitten, gewährt best. Schutz als andere Blätter, gibt dabei der Blüte einen Halt und sitzt im Rücken so gut, dass die Schulterbänder nie hirabgleiten.

**Kleinert's Etonblatt** besitzt alle guten Eigenschaften des Barnard, nur ist es nicht hochgeschmitten.

**Kleinerts Schutzblätter zum Anziehen** im Augenblick abnehmbar, ein Paar genügt für viele Kleider.



Versichern Sie Ihr Kleid durch **Kleinert's Schutz-Blätter** gegen Beschädigung.

Jedes Paar enthält einen Garantie-schein für die Toilette.

Gem. **Beauty Crystal.**

**W. F. Wollmer, Passementerie, Halle a. S.**

Gr. Ulrichstrasse 4/5, Geogr. 1769. Das Interesse, welches der **Kunststoffer** - Preis 1 Mark - erweckte, veranlasst mich, denselben noch weiter vorzuführen. - Bitte um Besichtigung - Kein Kaufzwang.



**Mein Fussboden-Glanzlack** mit FARBE streicht sich kinderleicht u. trocknet über Nacht! **Reinhold Rietze,** Kaiserdrög., Rossmarkt.

**Gesundheitswäچه, Gesundheits-Korsetts** usw. als: voröde Hemden für Herren, Damen, Kinder, Unterhosen, Solenträger, Korsettstöß, Wieder, Reformkorsetts, Frauengürt, Paradiesgürt, Leibbinden, Badungen, Strumpfhalter, Verbandstoffe, Strümpfer, Gipsflor, Douchen, 1 electr. Dampfboade, Spülapparat, Lebedatropfen, Wurmmittel usw. kommen täglich von 9-12 und 3-6 Uhr im

**Kontursmasse - Ausverkauf** Leiszigstr. 29 in Halle a. S. bis a vis Ritter zu bedeutend herabgesetzten Preisen z. Verkauf.

# Während der Ausnahmewoche v. 16.-22. Mai

sind in allen Abteilungen besondere **Gelegenheits-Angebote** zum Verkauf gestellt, so u. a.:

**: grosse Posten besserer Kleiderstoffe :**

(eingeteilt in Serien)

Serie	I	II	III	IV
	1.00	1.40	1.95	2.50

Extraschwere **Costüm-Cheviots**, grosse Breiten 1.75 Mark.  
**Waschstoffe, Mousseline, Kleiderleinen** 30 bis 100 Pf.

Besonders billig: **Reste und Coupons.**

**Otto Dobkowitz, Merseburg, Entenplan Nr. 11.**

Donnerstag
Freitag
Sonnabend
Sonntag
Montag



# Correspondent.

**Bezugpreis vierteljähr. 1 Mk., monatl. 35 Pf.**  
bei Abnahme von unsern Ausgaben; bei Zustellung ins Haus durch unsere Auswärtige in der Stadt und auf dem Lande außerdem Porto; durch die Post 1,20 Mk. außer 42 Pf. Postzuschlag. — Das Blatt erscheint wöchentlich 5 mal nur an den Wochentagen nachmittags. — Nachdruck unserer Originalaufzeichnungen ist nur mit deutlicher Quellenangabe gestattet. — Für Bildgabe unentgeltlich Entlohnungen übernimmt nur feine Schreibmaschinen.

**Wöchentliche Gratisbeilagen:**  
8 seitig. illust. Unterhaltungsblatt  
m. neuest. Romanen und Novellen.  
4 seit. landwirtsch. u. Handelsbeil.  
mit neuesten Marktnotierungen.

**Anzeigenpreis** für die einsp. Zeilen oder deren Raum für Merseburg und näherer Umgebung 10 Pf. für die einsp. Zeilen 25 Pf. auswärts pro Zeile 20 Pf. im Restmonat 40 Pf. Bei vollständiger Satz entwerfender Ausstattung Gebot für Anzeigen nach Vereinbarung. Für Anzeigen mit Offertenname und besondere Berechnung, nach auswärts mit Portozuschlag. Erfüllungsort Merseburg. Anzeigen für größere Geschäfts-Anzeigen nur am Tage vorher, frühestens Freitag bis höchstens 3 Uhr. Anzeigenspreisen bis 10 Uhr vormittags. **2000**

Nr. 117.

Freitag, den 19. Mai 1911.

37. Jahrg.

## Wahlrechtsbetrachtungen.

In allen deutschen und außerdeutschen Staaten beschäftigen sich die Regierungen und Parteien mit Wahlrechtsfragen. Da nun auch im preussischen Abgeordnetenhaus demnächst die Verhandlungen über die Abänderung des „berühmten“ Wahlrechts wieder aufgenommen werden, so dürfte es wohl von Interesse sein, auf ein Büchlein von Karl Baumgarten hinzuweisen, das den Titel führt: Ein ideales deutsches Wahlrecht. Zum 40-jährigen Jubiläum des Reichstages. (Deutsches Verlags-Anstalt, G. m. b. H., Berlin S. 14.) Zwar wollen wir hier gleich vorausschicken, daß wir Baumgarten nicht in allen Punkten folgen können, daß wir treu zum Reichstagsrecht stehen und an dem uns lieb gewordenen Rechte nicht gerüttelt wissen wollen. Gewiß hat das Reichstagswahlrecht seine Schattenseiten, es ist, wie vor einiger Zeit im Jungliberalen Verein zu Halle der sächsischen Landtagsabgeordnete Dr. Köppler ausführt, schon lange zu einem Art Pluralwahlrecht geworden, das die Wählerkraft mit vorwiegend landwirtschaftlicher Bevölkerung außerordentlich begünstigt, dagegen den Großstädten Berlin, Charlottenburg, Hamburg, Leipzig, München und den Industriezentren in rheinisch-westfälischen Industriebezirk nicht die ihnen zukommende Zahl von Reichstagsmandaten gewährt. Es ist auch das Verdienst der nationalliberalen und freisinnigen Parteien, daß sie erst vor kurzen wieder für die bessere Sicherung der Stimmabgabe und für neue Wahlurnen eingetreten sind. Es ist ja ein offenes Geheimnis, wie in Ost- und Westpreußen und in katholischen Gegenden die richtige Ausübung des Wahlrechtes illusorisch gemacht wird. Wir brauchen nur zu erinnern an die standstilligen Vorgänge bei der Reichstagsnachwahl im Wahlkreis Mählschauen-Langensalz-Weitzenfe, die leider nicht zu einer Klärung der Wahl geführt haben. Wir wollen auch nicht verschweigen, daß das Reichstagswahlrecht nicht immer nach rechtlicher Überlegung ausgeübt wird. Schon vor Jahrzehnten hat der bekannte Professor Dr. Klein in Jena in einem kleinen Büchlein, in der von Raumann herausgegebenen Arbeiterbibliothek ausgeführt, daß das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, wie wir es in den Wahlen zum Deutschen Reichstag besitzen, norderdings auch eine bessere Schulbildung für die unteren Schichten des Volkes bedingte. Deshalb fordern wir auch mit Nachdruck die Einführung der Bürgerkunde an sämtlichen Schulen, von der Volksschule und Fortbildungsschule bis hinauf zum Gymnasium und bis zu den Universitäten. Wir erlauben uns auch an

Clementen, die wenig oder gar kein Interesse an einer ruhigen Fortführung der Politik haben. Durch ein in dieser Weise aufgebautes Wahlrecht hofft der Verfasser der Schrift den Einfluß dieser Wählermassen auf die Zusammenfassung der Parlamente zu „erzwingen“. Nur in einem durch ein solches Wahlrecht gewählten Parlamente könne die Regierung eine feste Stütze finden, nur so sei ein gedeihliches Zusammenarbeiten der Volksvertretung mit der Regierung denkbar. Dieses Wahlrecht beraube die jüngeren Wähler nicht jeden Einflusses, es gebe aber auch den älteren, in festen Lebensstellungen sich befindlichen Bürgern die ihnen zukommende Machtstellung. — Wir empfehlen unseren Lesern die kleine Broschüre Baumgarten zur eifrigen Lektüre, nicht deswegen, weil wir uns mit dem Gedanken des Verfassers identifizieren, wie wir schon im Eingang unseres Artikels ausgeführt haben, sondern weil seine Vorschläge bei den nächsten Wahlrechtsdebatten im preussischen Landtage wohl eine gewisse Rolle spielen werden und schon deswegen beachtenswert sind. Politicus.

## Die Behandlung der Lehrer in Hinterpommern

erfuhre eine große Beleuchtung durch eine Gerichtsverhandlung vor dem Lauenburger Schöffengericht. Dort erhielt der Kreisinspektor Schreyer-Lauenburg wegen Verleumdung des Lehrers Leddin-Lauenburg eine Geldstrafe von 3 Mk. oder 1 Tag Gefängnis, nachdem durch eibliche Zeugenansagen nach dem Bericht der „Preuss. Presse“, folgender Sachverhalt festgestellt worden war:

„Am 11. August 1910 erließen in den Lauenburger N. Nachrichten“ ein „Eingeländt“ unter dem Titel „Arbeitsleistung und Arbeitsleistung“, in dem die Lauenburger Schulverhältnisse einer herben, aber berechtigten Kritik unterworfen wurden. Der Verdacht des Kreisinspektors lenkte sich auf zwei Lehrer der Stadt, unter denen sich der Lehrer Leddin befand. Bei beiden fragte der Kreisinspektor an, welchen Anteil sie an dem Eingeländt hätten. Beide stellten jede Beziehung dazu nachdrücklich in Abrede. Am 20. August berief der Kreisinspektor nun eine amtliche Lehrerversammlung ein. Hier sprach er: „Es ist ein Mangel an Anstand und Ehrgefühl, daß Sie den Schreiber nicht nennen. Zwei Herren, auf die ich gegründeten Verdacht habe, habe ich vernommen. Der eine hat es in meiner Wohnung abgelehnt, der andere hat meine Anfrage in unverständlicher Weise beantwortet. Es ist eine Frechheit; aber ich werde ihn antilich treiben, bis er bereit, bis er Abbitte leistet, und wenn es das Amt kostet.“ Nun wurden die Lehrpersonen aufgefordert, folgende Erklärung zu unterschreiben: Die unterzeichneten Lehrer und Lehrerinnen der Stadtschule zu Lauenburg versichern auf ihren Dienstfeld, mit dem Eingeländt in Nummer 147 der Lauenburger N. Nachr.“ nichts zu tun zu haben, und verurteilen dasselbe nach Form und Inhalt auf das schärfste.“ Lehrer Leddin erkannte den Inhalt des Eingeländt als richtig an, verurteilte aber die Form und behauptete, daß die Sache in die Zeitung gekommen sei. Der Kreisinspektor forderte noch einmal energisch, die obige Erklärung zu unterschreiben. Leddin verzweigte aber die Unterschrift. Zur Begründung hierfür begann Leddin: „Ich bin bereit, den ersten Teil zu unterschreiben und verurteile auch die Form. Als denkender Mensch...“ Da unterbrach ihn der Kreisinspektor: „Und ich sage Ihnen, ein unverständlicher Mensch sind Sie, und nun gehen Sie hin und verlegen Sie mich!“

Dieser Rat befolgte Lehrer Leddin. Erst auf eine Weisung beim Landgericht Solov wurde das Klageverfahren eingeleitet. Der erste Termin wurde aber vertagt, weil man zunächst den Ruf des Lehrers aus den Personalakten feststellen wollte. Im neuen Termin befandete ein Zeuge nach, daß der Kreisinspektor gesagt habe: „Ich werde die Sache verfolgen, wenn auch ein Unschuldiger ins Gefängnis fliegt.“ Das Gericht erkannte trotzdem nur auf die obige Strafe. Als strafmildernd wurde in Betracht gezogen, daß der Beklagte in Erregung gehandelt habe, daß ihm als Vor-

geleser das Recht der Rüge zustehe, und daß ihm der § 193 zur Seite stehe.

## Die Nichtwahl des Sozialdemokraten Dr. Lindemann

zum Oberbürgermeister von Stuttgart wirft nachträglich noch erhebliche Stellen in der öffentlichen Meinung. Der Sozialdemokratie kann unzweifelhaft bis zu einem gewissen Grade dazu gratuliert werden, daß es Herrn Lindemann nicht gelungen ist, als Stabschef in das Stuttgarter Rathaus einzuziehen. Denn diese Wahl hätte zu recht unerquicklichen Auseinandersetzungen in der Partei führen müssen. Allerdings hätte die Frage, wie sich Lindemann als Repräsentant der württembergischen Reichensstadt hätte benehmen sollen, kaum akut werden können, denn, wie jetzt ganz sicher feststeht, wäre seine Wahl keineswegs bestätigt worden. Auf der anderen Seite hat man sich lebhaft damit beschäftigt, welche Konsequenzen das Auftreten des volksparteilichen Führers Lieching für den Regierungsrat Lautenschlager haben werde. Die Angelegenheit erscheint uns außerordentlich aufgebauscht zu sein. Die württembergische Volkspartei braucht in der betreffenden Frage von anderer Seite keinen Rat, und es bedarf keinerlei Grund zu der Annahme, daß die Volkspartei die Meinungsverständlichkeit, die sich hier zwischen ihr und einer ihrer Führer herausgestellt hat, nicht in geeigneter und würdiger Form behandeln und die Angelegenheit entsprechend erledigen wird.

Der „Vorwärts“ hat inzwischen gegenüber dem Genossen Lindemann die Sprache wieder gefunden und macht jetzt, nachdem nichts mehr zu verlieren ist, gegen ihn in recht unfreundlicher Weise mobil. Er wirft ihm völlig falsche Beurteilung der politischen Situation vor und beschwert sich über die angebliche polemische Schärfe, die Lindemann gegenüber dem „Vorwärts“ angewandt haben soll. Man darf annehmen, daß sich noch recht langatmig Leidensreden keineswegs erquicklichen Inhalts aus alledem ergeben werden. Interessant ist aber schon jetzt, daß der „Vorwärts“ widerwillig die Festigkeit im bürgerlichen Lager zugeben muß. Er klagt, daß der Zugang von dort vollständig ausgestiegen sei, und er leistet sich das Bekenntnis, daß bei der Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl nur eins imponiert habe, die wichtige Manifestation des bürgerlichen Klasseninstinkts. Die Wahlbeteiligung der bürgerlichen Wähler sei weit stärker denn jemals gewesen, Halbtote hätten sich in das Wahlloft tragen lassen, die Bürgerlichen hätten nur eine Pflicht getan, gegen die Sozialdemokratie zu stimmen. Hier wird widerstrebend zugegeben, was die Sozialdemokratie sonst gern zu betreiben pflegt: die Aufopferungsfähigkeit der bürgerlichen Schichten, das lebhaft politische Interesse derselben; und es wird weiterhin indirekt konstatiert, daß die Sozialdemokratie ohne die bürgerlichen Mitläufer auch heute noch die Widerheit bildet und den Sieg vielfach nicht an ihre Fahnen heften kann. Die Auslassungen des „Vorwärts“ zu diesem Punkt geben denen Recht, die der Meinung sind, daß bei regem Interesse auf der bürgerlichen, namentlich der liberalen Seite die sozialdemokratischen Bäume auch nicht in den Himmel wachsen werden.

## Endgültige Beurteilung des Petroleumtrinks.

Aus Washington wird gemeldet: In dem Verfahren, das von den Bundesbehörden gegen die Standard Oil Company auf Grund der Shermanischen Antitrustbill angestrengt wurde und das die Auflösung der Gesellschaft bezweckt hat, hat der Oberste Gerichtshof heute das Urteil bekanntgegeben. Es lautet zu ungunsten der Gesellschaft. Die Verlesung der langwierigen Entscheidung begann nachmittags um 1 Uhr. Der Text umfaßt 25 000 Worte.

Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes bestätigt die einstanzliche Entscheidung, daß die Standard Oil Company eine Verschönerung und ein Monopol zur Behinderung des wissenschaftlichen Handels sei. Jedoch wird die erste Entscheidung dahin modifiziert, daß eine absolute Einstellung des zwischenstaatlichen Handels mit Petroleum und seinen

colorchecker CLASSIC